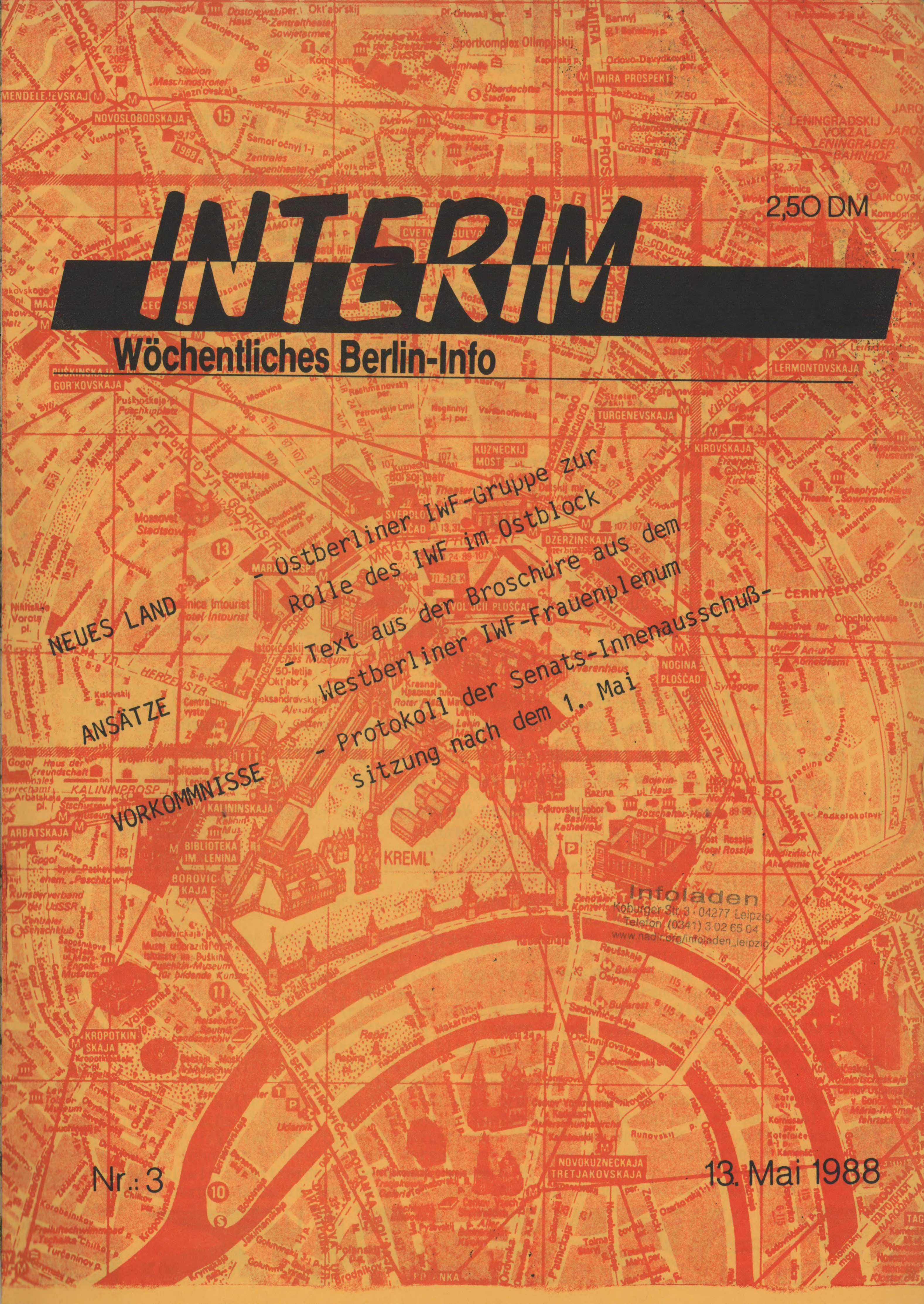


INTERIM

2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

NEUES LAND - Ostberliner IWF-Gruppe zur Rolle des IWF im Ostblock

ANSÄTZE - Text aus der Broschüre aus dem Westberliner IWF-Frauenplenum

VORKOMMNISSE - Protokoll der Senats-Innenausschuß-sitzung nach dem 1. Mai

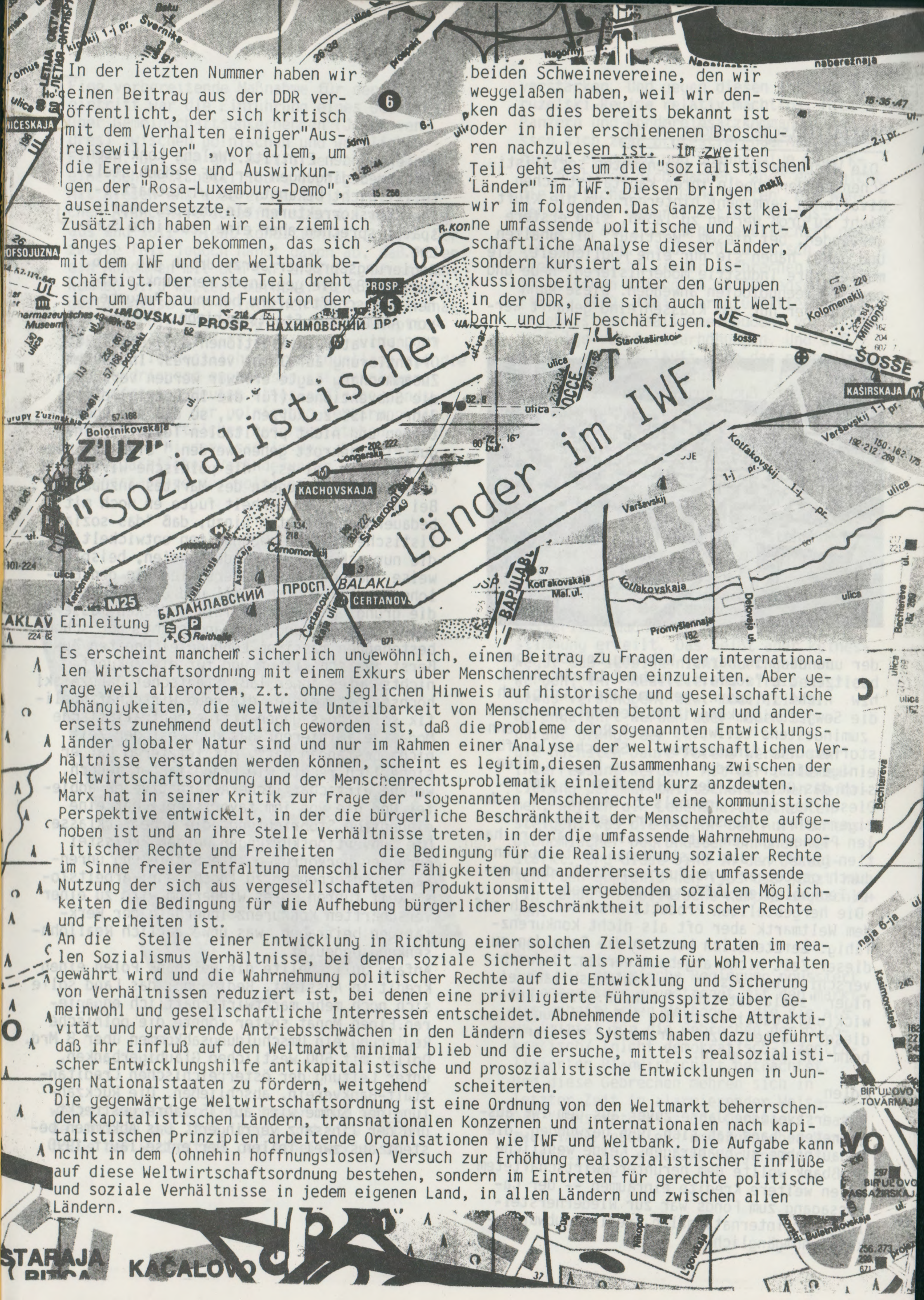
Nr.: 3

13. Mai 1988

Es wird euch wahrscheinlich auffallen, daß sich diese Ausgabe der INTERIM intensiv mit den realsozialistischen Ländern beschäftigt. Es gibt den siebenseitigen Auszug aus einem Grundsatzpapier zur Rolle von IWF und Weltbank von einer Ostberliner Gruppe. Sie hat sich aus Anlaß des Westberliner IWF/Weltbank-Kongress gegründet. Außerdem fassen vier Seiten die Streikereignisse in Polen zusammen. Auch bei den übrigen Nachrichten nehmen die zu den RGW-Ländern und der VR-China den größten Raum ein.
Das ist nicht der Anfang einer anti-kommunistischen Hetze aus dem linken Spektrum sondern die Thematisierung eines unübersehbaren Prozesses, in dessen Rahmen das Kapital immer weiter in diese Länder einzudringen versucht und die Aubeutung der dort lebenden Menschen in großangelegten Strategien organisiert.
Wir haben aber auch noch andere Beiträge. Z.B. einen Auszug aus der soeben erschienenen Bröschüre "Ansätze" aus dem Westberliner IWF-Frauenplenum, das Protokoll einer Senats-Innenausschuß-Sitzung nach dem 1.Mai und noch ein paar andere Sachen.
Wir weisen euch nochmal darauf hin, daß ihr selbst helfen könnt, diese Zeitung gehaltvoller zu machen und Akzente zu setzen. Wenn ihr mit uns in Kontakt treten wollt, Artikel, Flugis oder auch nur Hinweise zu schicken habt, benutzt unsere unten angegebene Postadresse.

Noch ein Wort zum Preis. Wir versuchen die INTERIM so billig wie möglich zu produzieren. Das hängt natürlich auch von der Auflage ab. Diese Woche haben wir es mit einem ziemlichen Aufwand billiger geschafft und können dieses Heft deshalb für 2,50 Mark verkaufen. Das kann sich in der nächsten Woche wieder ändern. Bei einer größeren Verbreitung der INTERIM hoffen wir einen niedrigeren Preis halten zu können.

INTERIM
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



In der letzten Nummer haben wir einen Beitrag aus der DDR veröffentlicht, der sich kritisch mit dem Verhalten einiger "Ausreisewilliger", vor allem, um die Ereignisse und Auswirkungen der "Rosa-Luxemburg-Demo", auseinandersetzte.
Zusätzlich haben wir ein ziemlich langes Papier bekommen, das sich mit dem IWF und der Weltbank beschäftigt. Der erste Teil dreht sich um Aufbau und Funktion der beiden Schweinevereine, den wir weggelaßen haben, weil wir denken das dies bereits bekannt ist oder in hier erschienenen Broschuren nachzulesen ist. Im zweiten Teil geht es um die "sozialistischen Länder" im IWF. Diesen bringen wir im folgenden. Das Ganze ist keine umfassende politische und wirtschaftliche Analyse dieser Länder, sondern kursiert als ein Diskussionsbeitrag unter den Gruppen in der DDR, die sich auch mit Weltbank und IWF beschäftigen.

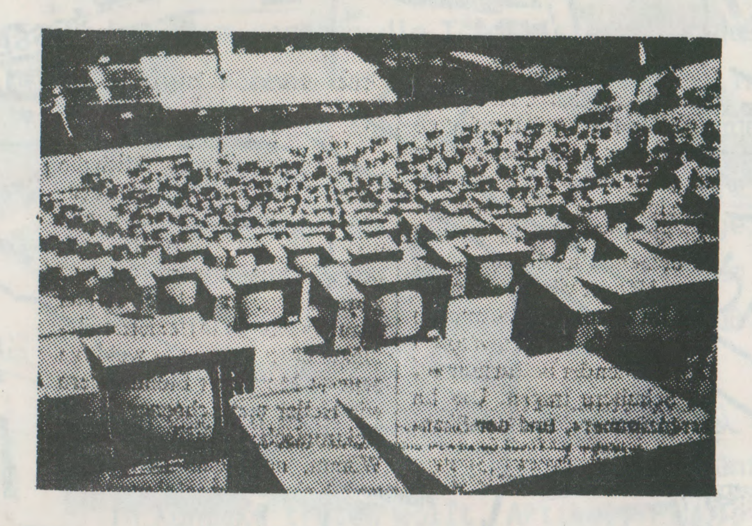
"Sozialistische" Länder im IWF

Einleitung

Es erscheint manchem sicherlich ungewöhnlich, einen Beitrag zu Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung mit einem Exkurs über Menschenrechtsfragen einzuleiten. Aber gerage weil allerorten, z.t. ohne jeglichen Hinweis auf historische und gesellschaftliche Abhängigkeiten, die weltweite Unteilbarkeit von Menschenrechten betont wird und andererseits zunehmend deutlich geworden ist, daß die Probleme der sogenannten Entwicklungsländer globaler Natur sind und nur im Rahmen einer Analyse der weltwirtschaftlichen Verhältnisse verstanden werden können, scheint es legitim, diesen Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftsordnung und der Menschenrechtsproblematik einleitend kurz anzdeuten.
Marx hat in seiner Kritik zur Frage der "sogenannten Menschenrechte" eine kommunistische Perspektive entwickelt, in der die bürgerliche Beschränktheit der Menschenrechte aufgehoben ist und an ihre Stelle Verhältnisse treten, in der die umfassende Wahrnehmung politischer Rechte und Freiheiten die Bedingung für die Realisierung sozialer Rechte im Sinne freier Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und anderrerseits die umfassende Nutzung der sich aus vergesellschafteten Produktionsmittel ergebenden sozialen Möglichkeiten die Bedingung für die Aufhebung bürgerlicher Beschränktheit politischer Rechte und Freiheiten ist.
An die Stelle einer Entwicklung in Richtung einer solchen Zielsetzung traten im realen Sozialismus Verhältnisse, bei denen soziale Sicherheit als Prämie für Wohlverhalten gewährt wird und die Wahrnehmung politischer Rechte auf die Entwicklung und Sicherung von Verhältnissen reduziert ist, bei denen eine priviligierte Führungsspitze über Gemeinwohl und gesellschaftliche Interressen entscheidet. Abnehmende politische Attraktivität und gravirende Antriebsschwächen in den Ländern dieses Systems haben dazu geführt, daß ihr Einfluß auf den Weltmarkt minimal blieb und die ersuche, mittels realsozialistischer Entwicklungshilfe antikapitalistische und prosozialistische Entwicklungen in Jungen Nationalstaaten zu fördern, weitgehend scheiterten.
Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung ist eine Ordnung von den Weltmarkt beherrschenden kapitalistischen Ländern, transnationalen Konzernen und internationalen nach kapitalistischen Prinzipien arbeitende Organisationen wie IWF und Weltbank. Die Aufgabe kann nciht in dem (ohnehin hoffnungslosen) Versuch zur Erhöhung realsozialistischer Einflüße auf diese Weltwirtschaftsordnung bestehen, sondern im Eintreten für gerechte politische und soziale Verhältnisse in jedem eigenen Land, in allen Ländern und zwischen allen Ländern.

"Sozialistische" Länder im IWF

Die Wirtschaften der sogenannten sozialistischen Länder hupeln ihren kapitalistischen Rivalinnen permanent hinterher. Um die Kluft nicht zu groß werden zu laßen, sind erstere gezwungen, bei diesem "Wettlauf" mitzuhalten. Und dabei haben sie nur eine Möglichkeit, sie müssen ihre Industrie modernisieren, neue und neueste Technologien anwenden. Diese kann häufig aber nur vom Klassenfeind gekauft wer-



der und dann in harter Währung.Devisen aber besitzen die "sozialistischen" Länder nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße (Lediglich die Sowjetunion kann ihren Technologieimport zumindestens teilweise durch Roh- und Brennstoffexporte finanzieren.). So schien es für einige dieser Länder nur einen Weg zu geben: sich das Geld bei den Weltbanken zu pumpen. Dieser Weg wurde erstmals zu Beginn der siebziger Jahre intensiv beschritten.Die zentralen Planer in den osteuropäischen Ländern hatten gehofft, die entstandenen Westschulden durch gesteigerte Ausfuhren mittels der neuen Technologien auffangen zu können.

Die hergestellten Produkte erwiesen sich auf dem Weltmartk aber oft als nicht konkurenzfähig. Letztendlich konnten die Schulden zu dieser Zeit nicht abgebaut werden. Dadurch verschlechterte sich die Zahlungsbilanz einiger "sozialistischer" Länder. Diese Entwicklung reaktivierte die IWF-Beziehungen dieser Staaten, bzw. veranlaßte sie, erneut beim IWF anzklopfen.

Polen

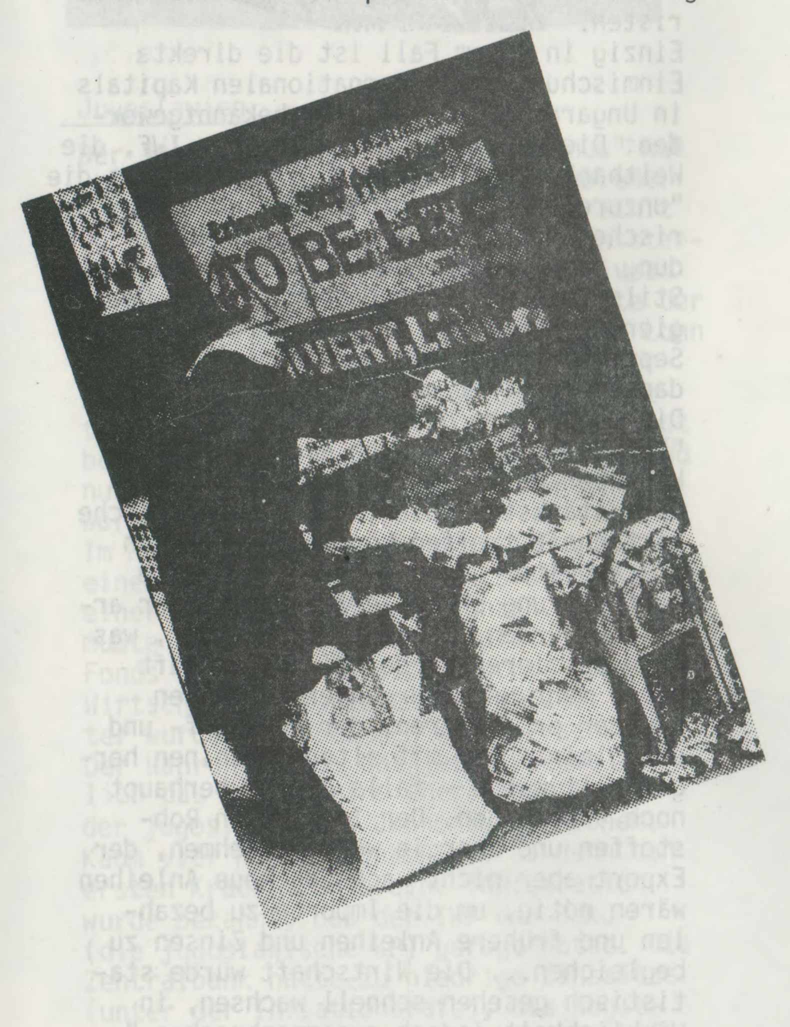
Das erst einige Jahre zuvor aus dem IWF ausgetretene Land sah sich 1986 gezwungen, die Neuaufnahme zu beantragen. Keine westliche Großbank wollte dem heruntergewirtschaftetem Polen weitere Kredite einräumen -- der Canossagang zum Fonds war zur Wiederherstellung der internationalen Kreditglaubwürdigkeit unumgänglich.

Regierung den Eintritt. Welche konkreten Aufnahmebedingungen der IWF jedoch stellte ist nicht bekannt, die wirtschaftlichen Kurskorrekturen ein knappes Jahr später sprechen aber eine deutliche Sprache.

Regierungssprecher Jerzy Urban gab am 6. April 1987 die geplanten Kernpunkte einer Wirtschaftsreform bekannt: Ausgabe von Aktien für Staatsbetriebe, Förderung privater Investitionen und verstärkte Orientierung auf Joint ventures. In diesem Zusammenhang sagte er:"wir werden versuchen, die Subventionen (für die Industrie) dieses Jahr um 15% zu kürzen..., so daß die überalterten und nicht profitablen Teile der Industrie bankrott gehen werden." Sinn der neuen Reformen sei es, "die polnische Wirtschaft den rationalen Regeln des Marktes anzupassen". Bei gleicher Gelegenheit fügte er noch mit bedauerndem Unterton hinzu, daß "das sozialistische System Gewohnheiten entwickelt hat, die nur schwer zu verändern seien, beispielsweise, daß es keine Unterschiede in den Entlohnungssätzen geben soll und das der Lohn die grundlegenden Bedürfnisse decken müsse". eine Feststellung, die angesichts der schon bestehenden massiven Lohnungleichneiten äußerst zynisch klingt und für die Zukunft nichts Gutes ahnen läßt.Staatschef Jaruzelski höchsselbst meinte, die neue Wirtschaftspolitik solle "das gegenwärtige zentralistische Modell eliminieren, das den Test der Zeit nicht bestanden hat". Mit letzterem hat er sicherlich recht. Die Frage lautet jedoch, welche wirtschaftliche Alternative er anbietet.Und die von ihm favorisierte hat eine eindeutige Stoßrichtung: die Arbeiterklasse. Die Subventionskürzungen werden Preissteigerungen hervorrufen, die Schließung unrentabler Unternehmen zu (noch mehr) Arbeitslosigkeit führen. Dies wiederrum wird zu einer verschärften Konkurenz innerhalb der Werktätigen beitragen, was unweigerlich Reallohnsenkung bedeutet.

Anfang Juli stellte die Weltbank Polen einen Kredit in Aussicht. Bedingung: das Land solle sich noch mehr marktwirtschaftlich engagieren.Einen Monat später konnte die polnische Regierung ein Umschuldungsabkommen über 8 Mrd. Dollar mit 500 westlichen Gläubigerbanken, unter Leitung der österreichischen Creditanstalt-Bankverein, abschließen. Die Rückzahlung der Summe wird auf 15 Jahre gestreckt und der Zinssatz verringert. Das Abkommen besteht aus zwei Teilen. Der ertse läuft 1990

Eine vorbereitende Maßnahme für den Wiedereintritt war die Einführung eines Gesetzes über Gemeinschaftsunternehmen (Joint venures) zwischen polnischen und westlichen Firmen, bei dem die Westfirmen sogar über eine Mehrheitsbeteiligung verfügen können. Mit diesen und anderen Marktwirtschaftlichen Avancen verschaffte sich die polnische aus und soll "nicht konditioniert" sein. Der zweite Teil jedoch hängt davon ab, daß Polen ein Abkommen mit dem IWF erzielt. Dieses Abkommen wird weitere marktwirtschaftliche Zugeständnisse der polnischen Regierung enthalten. Ist die Regierung nicht zur Akzeptierung des IWF-Diktats bereit, so würden ihr sofort alle westlichen Kreditquellen, auf die sie so dringend angewiesen ist, versiegen. Doch momentan deutet alles auf eine fondstreue Politik der polnischen Regierung hin. Den wirtschaftlichen Reformen stehen jedoch politische Hindernisse im Weg. Durch die wirtschaftlichen Veränderungen wird sich der Lebensstandard der polnischen Bevölkerung



weiter verringern (der immer noch unter dem Niveau von 1978 liegt) und sich demzufolge der Widerstand der Arbeiterklasse verstärken. Und gegen diesen ist das Jaruzelski-Regime relativ machtlos. Mit Panzern und Sondereinsatzkommandos lassen sich zwar protestierende ArbeiterInnen ermorden und unabhängige Gewerkschaftsbüros dichtmachen, aber eben nicht die Wirtschaft in Gang halten. Die Wunden die der General mit dem Kriegsrecht in die polnische Gesellschaft geschlagen hat, sind noch zu frisch und könnten leicht wieder aufbrechen. Alle politischen Krisen im Nachkriegspolen (1956, 1970, 1981) waren unmittelbares Ergebnis von Reallohneinbußen, vor allem in Folge von Preiserhöhungen. Und auf nichts anderes läuft auch das neue Wirtschaftsprogramm hinaus.
Die polnische Regierung muß einen anderen Weg wählen, wenn sie soziale Evolutionen vermeiden will. Sie glaubte den Ausweg in einer Volksabstimmung gefunden zu haben, in der die Bevölkerung die Austeritätsmaßnahmen absegnen sollte. Geboten bekam diese dafür sehr zaghafte politische "Liberalisierungen", die sich jedoch alle im Rahmen des bestehenden Systems bewegen; von der offiziellen Tolerierung unabhängiger Gruppen war in dem Referendum nicht die Rede.
Die polnische Bevölkerung hat diesen Austeritätsmaßnahmen nicht ihre Zustimmung erteilt. Das heißt aber keineswegs, daß selbige nicht durchgeführt werden; ihre Realisierung wird lediglich etwas verschoben, bzw. modifiziert. Durchgeführt werden aber müßen sie — darauf drängt der IWF.
Die nächsten Jahre Polens werden sehr interressant werden. Mit der Implementierung der marktwirtschaftlichen Reformen, werden die Lebenshaltungskosten steigen, was die Gefahr des Aufflammens ökonomischer begründeter Unruhen verstärkt. Und diese sind in den Gesellschaften sowjetischen Typs bis jetzt häufig genug in politische Kämpfe umgeschlagen.

Ungarn

Auch die ungarische Regierung poussiert momentan sehr angestrengt mit den marktwirtschaftlichen Methoden, die sie als Heilmittel für die Gebrechen der bürokratisch/ (nicht demokratisch-) zentralisierten Planwirtschaft betrachtet. Und diese Gebrechen mehren sich in letzter Zeit in alarmierender Weise. Das "Konsumparadies des Ostblocks" hat zwar immer noch ein umfangreiches Warenangebot, aber die Zahl derjenigen,

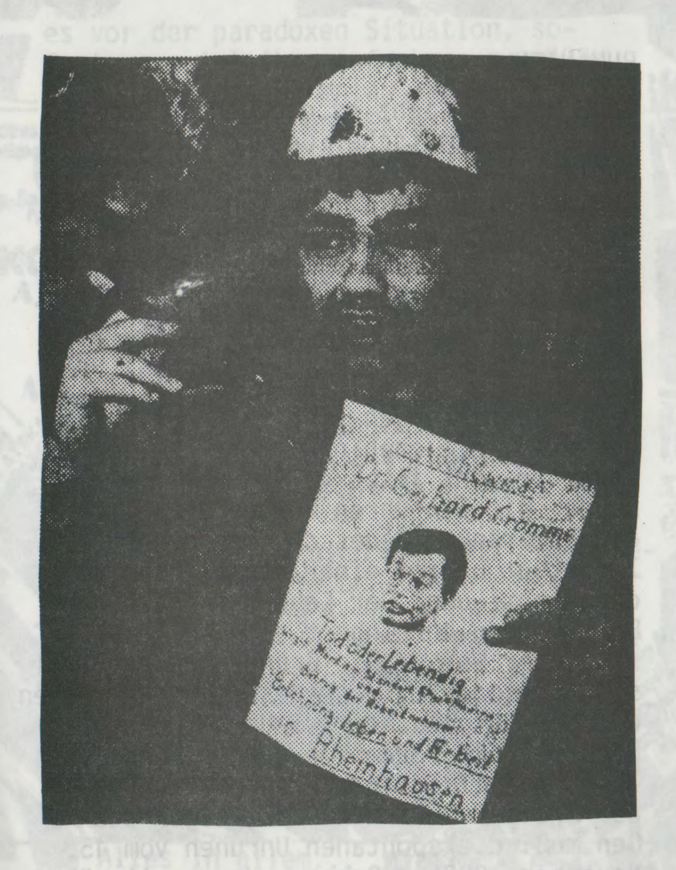
die sich dieses leisten können, nimmt rapide ab. Zehn Milliarden Dollar Auslandsschulden (die höchste Pro-Kopf-Belastung eines Ostblocklandes), schrumpfendes Wachstum in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, ein zunehmendes Haushaltsdefizit und die permanente Inflation hinterlaßen ihre Spuren. Der Lebensstandard hat sich in den letzten drei Jahren um sieben Prozent verringert.
Am 2.Juli 1987 wurde vom ZK ein neues Wirtschaftsprogramm ("soziales und wirtschaftliches Entwicklungsprogramm") angenommen; die Preise für 100 Waren des täglichen Bedarfs (Brot, Kohle, Gas, Strom..) stiegen um durchschnittlich 20%, die Löhne wurden jedoch nicht erhöht. Die Banken gewähren nur noch produktiven Betrieben neue Darlehen, unrentabel arbeitende Firmen können dichtgemacht werden. Die Profitsteuer wurde von 90 auf 45% gesenkt, das Leistungsprinzip in den Betrieben noch weiter ausgebaut, die Anzahl der maximal in einem Privatbetrieb beschäftigten wurde von 12 auf 20 erhöht.
Seit 1983 ist in Ungarn der private Obligationshandel erlaubt. Mittlerweile gibt es schon die ersten Leute, die allein von den Zinsen ihrer Wertpapiere leben können, also nicht mehr arbeiten zu brauchen. Im Juni 1988 soll dem Parlament ein Gesetz über die Einführung von Aktien vorgelegt werden, das am 1.Januar 1989 in Kraft treten wird. Das kann zu einschneidenden Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen führen, denn Aktien signalisieren — im Gegensatz zu Obligationen — reales Privateigentum.
Im September 1987 wurden weitere tiefgreifende Veränderungen durchgesetzt: die Provitsteuer wurde weiter gekürzt, dafür eine private Einkommenssteuer mit einem Spitzensatz von 60% und eine Mehrwertsteuer von bis zu 25% eingeführt. Das ist für den gesamten Ostblock ein nie dagewesenes Ereignis.
Gleichzeitig wurden die Subventionen für schlechtlaufende Unternehmen und für Konsumgüter (Darunter Brot und Milch) gekürzt — "ein fast reaganesques Programm.



Die ungarische herrschende Bürokratie sucht einen Ausweg aus der Krise ganz offensichtlich in einer weiteren Annäherung an die Marktwirtschaft. Auch hier ist unklar, wie stark der Einfluß des IWF auf die Maßnahmen zu Subventionsabbau, Reallohnkürzung und Ausweitung des Privatsektors ist. Aber er hat auf jeden Fall seine Finger im Spiel: die beschloßenenen Maßnahmen gehören zu den Lieblingsaufgaben der IWF-Monetaristen.

UND WER HAT FRÜHER IMMER GESAGT, WAS IST DAS BERAUBEN EINER BANK GEGEN DAS GRÜNDEN EINER BANK? DU! LUGT DA NICHT DER KAPITALISTISCHE WOLF AUS DER SCHAFSWOLLE? VIELLEICHT TRÄGT DER HERR SCHON DIE BANKERKRAWATTE UNTERM LAMA?

Einzig in einem Fall ist die direkte Einmischung des internationalen Kapitals in Ungarn im letzten Jahr bekanntgeworden: Die Nachbarorganisation des IWF, die Weltbank, kritisierte in einem Bericht die "unzureichenden Fähigkeiten" der ungarischen Manager und drang auf die Bildung einer Managerschule westlichen Stils, mit westlichen Lehrern. Die Regierung reagierte prompt. Bereits im September 1988 soll die Schule in Budapest eröffnet werden.
Die ungarische Untergrundzeitung "Harmondo" machte sich eigene Gedanken über den neuen Wirtschaftskurs: "Der stärkste Schlag, den die ungarische Wirtschaft treffen könnte, wäre, wenn die Arbeiter und die Unternehmen die Aufforderung akzeptierten und härter arbeiten würden. Stellen wir uns vor, was dann passieren würde: Die Wirtschaft würde mehr und mehr unverkäuflichen Plunder produzieren, der rohstoff- und energieintensiv mit alten Maschinen hergestellt würde — falls diese überhaupt noch anspringen. Der Import von Rohstoffen und Energie würde zunehmen, der Export aber nicht wachsen. Neue Anleihen wären nötig, um die Importe zu bezahlen und frühere Anleihen und Zinsen zu begleichen... Die Wirtschaft würde statistisch gesehen schnell wachsen, in Wirklichkeit jedoch zusammenbrechen."
Die Kosten des neuen Wirtschaftskurses trägt natürlich nicht die Bürokratie, sondern die Werktätigen. "Streiken ist angesagt" — das legte selbst das Parteiorgan "Nepszabadseg" am 6.Juli 1987 den ArbeiterInnen ans Herz. Es kam schon zu ersten Unruhen; die Wirkliche Konfrontation steht jedoch noch aus.



Jugoslawien

Der jugoslawische "Marktsozialismus" hat ebenfalls schwere ökonomische Probleme. Seien über 100%ige Inflationsrate zählt zu den höchsten der Welt, der Lebensstandard, ist inzwischen wieder beim Niveau der 60iger Jahre gelandet, die Hälfte der GehaltsempfängerInnen kann von ihrem Lohn nicht einmal den täglichen Lebensunterhalt abdecken, die Arbeitslosigkeit beträgt 17%, die Schuldendienstquote liegt bei 40% – kein Wunder also, daß das Land nur noch unter der Ägide der IWF kreditwürdig ist.
Im Mai 1986 erhielt Jugoslawien vom IWF einen Bereitschaftskredit (STandby) mit einer Laufzeit von drei Jahren. Das Land mußte sich im Gegenzug verpflichten, dem Fonds "gewisse" Aufsichtsrechte über die Wirtschaft einzuräumen. Kurze Zeit später wurde das Abkommen noch verschärft: Der Währungsfonds hat jetzt zweimal jährlich das Recht, eine eneralinventur in der jugoslawischen Ökonomie zu machen. Kaum vier Monate danach gab es dann den ersten Krach. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß der IWF den BdKJ (die jugoslawische KP) gerügt hatte. Die Zentralbank hatte zu niedrige Zinssätze (unter der Inflationsrate), die Regierung würde zu stark von marktwirtschaftlichen Prinzipien abweichen und die von ihr verhängten Preisfestsetzungen seien völlig fehl am Platze. Der BdKJ mußte prompt zurückstecken und sich dem Fonds beugen. Er fror im Dezember 1986 bundesweit die Löhne ein und hob die Preise für viele Bedarfsgüter an. Die ArbeiterInnen antworteten mit der größten Streikwelle seit dem zweiten Weltkrieg. Im Ver-des Jahres 1987 waren nach offiziellen Gewerkschaftsangaben über 200.000 Beschäftigte an 1300 Streiks beteiligt.

Seit 1983 leistet Jugoslawien die vorgeschriebenen Zins- und Tilgungszahlungen. Doch im Juli 1987 gab es dann erstmals wieder Probleme, als 245 Mio. Dollar nicht rechtzeitig zurückerstattet werden konnten. Ende September 1987 hat der Vizechef der Nationalbank, Slobodan Stanojevic die westlichen Kreditgeber u.a. um die Erlaubnis gebeten, die Tilgungsraten vorübergehend einstellen zu dürfen: es werde ein längerfristiges Umstrukturierungsprogramm erarbeitet. Sofort darauf wurde Finanzminister Svatozer Rikanovic zum IWF-Hauptquartier nach Washington beordert, wo ihm der Fonds die Absicht deutlich machte, seine Aufsicht über die jugoslawische Ökonomie weiter ausbauen zu wollen.
Die jugoslawische Regierung ist mit einem Dilemma konfrontiert. Zum einen ist sie auf Westkredite angewiesen, diese kann sie aber nur mit Zustimmung des IWF bekommen. Der Preis für diese Zustimmung ist auch in Jugoslawien die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen. Diese verringern aber den Lebensstandard der Werktätigen, was zu Streiks führt (und bereits geführt hat), zu Unruhen und politischen Krisen und letztendlich das Machtmonopol der jugoslawischen KP in Frage stellt.



Stimmrechtsanteile der IWF-Mitglieder

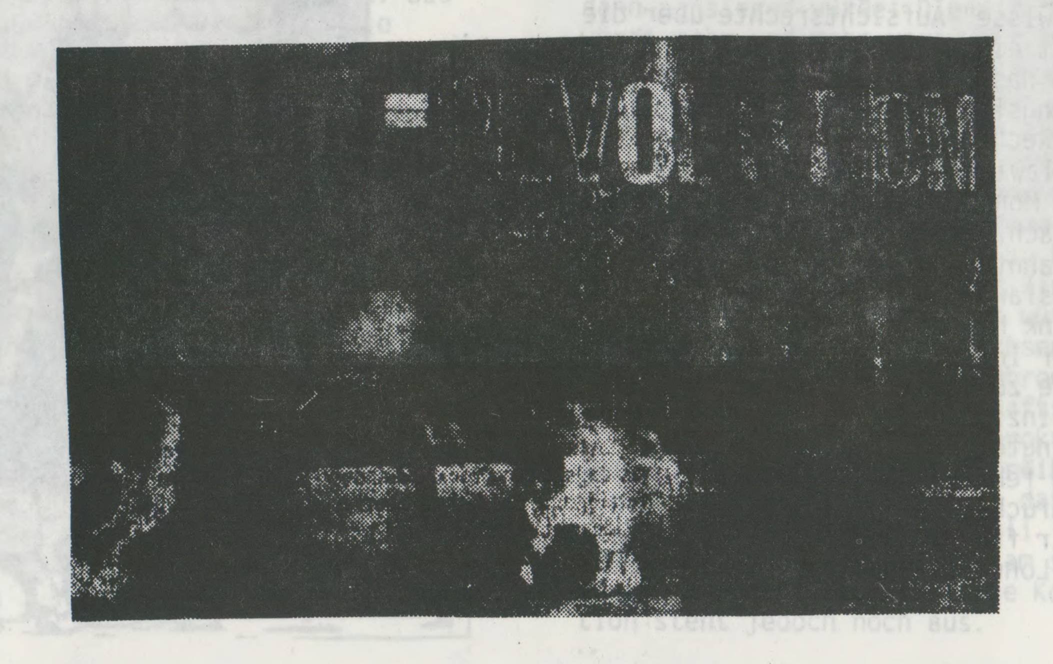
Fünf "sozialistische" Länder — China — Jugoslawien — Polen — Rumänien — Ungarn	123 "Entwicklungsländer"
	38%
	19 westliche Industrieländer
5%	57%

China

China ist das einzigste "sozialistische" Land ist, das keine Rückzahlungsschwierigkeiten hat und trotzdem Mitglied des IWF ist. Zwar ist die Auslandsverschuldung mit 16 Milliarden Dollar (1986) in absoluten Zahlen ziemlich hoch, jedoch wieder relativ angesichts der riesigen chinesischen Wirtschaft. Die 1987 eingeleitete "Politik der offenen Tür" für das ausländische Kapital ist nicht auf den Druck des IWF zurückzuführen, sondern vielmehr auf die autonomen Bestrebungen der chinesischen Bürokratie. Mit Westkrediten hat hat das Land keine Probleme. Ja, die Banken reißen sich sogar um die Bereitstellungen von Darlehen und versuchen mit Billigangeboten in den ungeheuren chinesischen Markt einzusteigen.

RUMÄNIEN

Ganz anders sieht es dagegen in Rumänien aus. Staatschef Ceaucescu persönlich hat zum "Kreuzzug gegen die Auslandsschulden"aufgerufen. Rumänien ist das einzigste Ostblockland im IWF, das in den achtziger Jahren seine Auslandschulden verringern konnte. Doch um welchen Preis! Alles, was nur irgend möglich, wird in den Export geworfen. Die Investitionen in maschinelle Ausrüstungen sind fast auf Null gesunken, die onehin kümmerliche Infrastruktur geht jetzt völlig vor die Hunde. Die Einfuhren wurden drastisch eingeschränkt. Jedes devisenfordernde Importgut bedarf einer staatlichen Sondergenehmigung. Der Lebensstandard der Bevölkerung verringert sich in beängstigender Weise. Die Grundnahrungsmittel sind rationert. Traurige Berümtheit haben die bei jedem Winter wiederkehrenden Energiesparprogramme erlangt. Verständlich, daß dieser harte Autoritätskurs auf Proteste bei den Werktätigen stoßen muß: die spontanen Unruhen vom 15. November 1987 in Bresov, der zweitgrößten Stadt des Landes, sprechen für sich.
Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob der rumänische Diktator auch in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, die aufgebrachte Bevölkerung durch seinen monströsen Sicherheitsapparat in Schach zu halten. Bis jetzt ist ihm das geglückt. Es gibt in Rumänien immer noch keinen Ansatz zu irgendeiner Form der organisierten Opposition.
Selbst, wenn es Rumänien mit seiner rigerosen Sparpolitik schaffen würde, wie geplant bis 1990 die Auslandsschulden restlos abgezahlt zu haben, steht

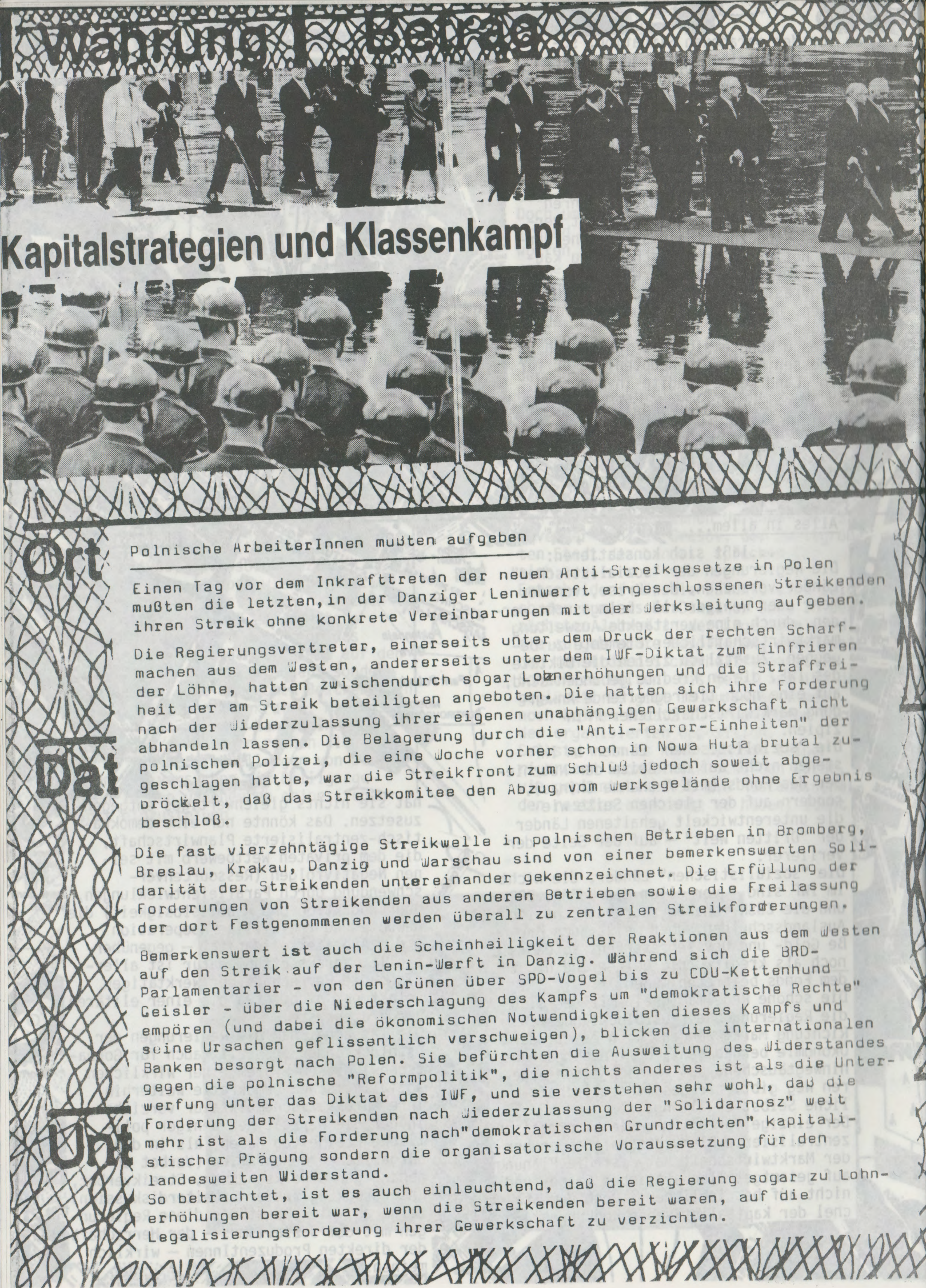




es vor der paradoxen Situation, sofort neue Anleihen aufnehmen zu müßen. Denn durch die momentan auf Teufel-komm-raus betriebene Exportorientierung wird selbst die einfache Reproduktion des Maschinenparks nicht mehr gewährleistet. Die Maschinen werden einfach so lange betrieben, bis sie auseinanderfallen; Geld für neue ist nicht da. Soll aber auch in den 90ziger Jahren noch etwas in Rumänien produziert werden, so sind zuerst einmal frische Darlehen nötig, um neue Maschinen zu kaufen , bzw. die alten zu reparieren und die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Dann wird die Stunde des IWF schlagen.
Ceaucescu konnte sich bis jetzt noch gegen dessen Diktate behaupten, da er für "sein" Land keine Kredite in Anspruch nahm.

Alles in allem...

...läßt sich konstatieren:
Die Regierungen der "sozialistischen" Länder versuchen, der Krise, von der mehr oder weniger alle heimgesucht werden, durch eine verstärkte Ausweitung marktwirtschaftlicher Elemente zu begegnen. Zusätzlich zielen die Diktate des IWF, die an Kredite gebunden sind, auf eine noch tiefregreifende Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien.
Die "sozialistischen" Länder im IWF stehen nicht auf der Seite der Nutznießer des Fonds (mit Ausnahme Chinas), sondern auf der gleichen Seite wie die unterentwickelt gehaltenen Länder der "Dritten Welt" – auf der Seite der Verlierer.
Die "sozialistischen" Länder, die nicht im IWF sind – vor allem die UdSSR, DDR und die CSSR – haben zwar beträchtliche Auslandsschulden, aber meist auch große Gold- und Devisenreserven, so daß sie noch als kreditwürdig gelten und nicht dem Fonds beitreten müßen.
Die schöne Regelmäßigkeit mit der sich die Regierungen der Ostblockländer in Richtung Markt wenden, wenn es mit der Ökonomie bergab geht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch einen anderen Weg gibt: die gesamtgesellschaftliche Selbstverwaltung.
Der einzige Vorteil den die bürokratisch-zentralisierte Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft hat, ist die Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (und nicht auf betrieblicher). Doch dem Stachel der kapitalistischen Konkurrenz hat sie nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Das könnte nur eine demokratisch-zentralisierte Planwirtschaft, die dem privaten Wettbewerb mit seinen Negativfolgen (Ressourcenverschwendung durch Parallelentwicklungen, Überproduktion und Arbeitslosigkeit) die bewußte und freiwillige Kooperation – die Arbeitersolidarität – gegenüberstellt. Voraussetzung dafür ist allerdings die Herrschaft der Werktätigen selbst und nicht etwa die einer elitären Bürokratenkaste.
Die Tatsache, daß die Regierungen der Ostblockländer (das gilt auch für Gorbatschow) diesem System einer wirklichen sozialistischen Demokratie weiterhin ihre bürokratische Diktatur vorziehen, in der die Werktätigen weniger politische Freiheiten haben, als in den bürgerlichen Demokratien (Verbot unabhängiger Gewerkschaften, Streikverbot, Unterdrückung freier Arbeiterdiskussion) zeigt an, wie "ernst" es diese Regierungen mit dem Sozialismus – der Herrschaft der direkten ProduzentInnen – wirklich meinen.



Polnische ArbeiterInnen mußten aufgeben

Einen Tag vor dem Inkrafttreten der neuen Anti-Streikgesetze in Polen mußten die letzten, in der Danziger Leninwerft eingeschlossenen Streikenden ihren Streik ohne konkrete Vereinbarungen mit der Werksleitung aufgeben.

Die Regierungsvertreter, einerseits unter dem Druck der rechten Scharfmachen aus dem Westen, andererseits unter dem IWF-Diktat zum Einfrieren der Löhne, hatten zwischendurch sogar Lohnerhöhungen und die Straffreiheit der am Streik beteiligten angeboten. Die hatten sich ihre Forderung nach der Wiederzulassung ihrer eigenen unabhängigen Gewerkschaft nicht abhandeln lassen. Die Belagerung durch die "Anti-Terror-Einheiten" der polnischen Polizei, die eine Woche vorher schon in Nowa Huta brutal zugeschlagen hatte, war die Streikfront zum Schluß jedoch soweit abgebröckelt, daß das Streikkomitee den Abzug vom Werksgelände ohne Ergebnis beschloß

Die fast vierzehntägige Streikwelle in polnischen Betrieben in Bromberg, Breslau, Krakau, Danzig und Warschau sind von einer bemerkenswerten Solidarität der Streikenden untereinander gekennzeichnet. Die Erfüllung der Forderungen von Streikenden aus anderen Betrieben sowie die Freilassung der dort Festgenommenen werden überall zu zentralen Streikforderungen.

Bemerkenswert ist auch die Scheinheiligkeit der Reaktionen aus dem Westen auf den Streik auf der Lenin-Werft in Danzig. Während sich die BRD-Parlamentarier - von den Grünen über SPD-Vogel bis zu CDU-Kettenhund Geisler - über die Niederschlagung des Kampfs um "demokratische Rechte" empören (und dabei die ökonomischen Notwendigkeiten dieses Kampfs und seine Ursachen geflissentlich verschweigen), blicken die internationalen Banken besorgt nach Polen. Sie befürchten die Ausweitung des Widerstandes gegen die polnische "Reformpolitik", die nichts anderes ist als die Unterwerfung unter das Diktat des IWF, und sie verstehen sehr wohl, daß die Forderung der Streikenden nach Wiederzulassung der "Solidarnosz" weit mehr ist als die Forderung nach"demokratischen Grundrechten" kapitalistischer Prägung sondern die organisatorische Voraussetzung für den landesweiten Widerstand.
So betrachtet, ist es auch einleuchtend, daß die Regierung sogar zu Lohnerhöhungen bereit war, wenn die Streikenden bereit waren, auf die Legalisierungsforderung ihrer Gewerkschaft zu verzichten.

Im folgenden einige Ausschnitte aus verschiedenen Nachrichtenquellen:

Streik jetzt auch in Warschau

Am Montag legten im Traktorenwerk Ursus in Warschau bis zu 80% der rund 15.000 Beschäftigten die Arbeit nieder. Ein vierköpfiges Streikkomitee unterbreitete der Betriebsleitung die Forderungen der Streikenden, darunter die Wiederzulassung der "Solidarität". Weiter würden Konzessionen an die Streikenden in Danzig und auf der Lenin-Hütte in Krakau verlangt. Das Streikkomitee habe später gemeinsam mit 600 Sympatisanten die Werkskantine und eine angrenzende Abteilung besetzt.

Auf der Lenin-Werft in Danzig lehnten die Streikenden unterdessen ein von Streikkomitee und Werksleitung ausgehandeltes Kompromißangebot ab. Er sah vor, die durchschnittlichen Löhne um 35% zu erhöhen und die Teilnehmer des Streiks straffrei ausgehen zu lassen. Die Beschäftigten bestanden jedoch auf der Forderung nach Wiederzulassung der "Solidarität".

Die Streiks in Polen hatten am 25. April mit einem Ausstand in den Verkehrbetrieben in Bromberg begonnen, der von Mitgliedern des staatlichen Gewerkschaftsbundes OPZZ getragen wurde. Es folgten die von der "Solidarität" organisierten Arbeitsniederlegungen in der Lenin-Hütte, im Stahlwerk Nowa Huta und den Dolmel-Elektrowerken in Breslau und schließlich vor einer Woche auf der Lenin-Werft.

Bis auf die Ausstände in Krakau und Danzig wurden die anderen Konflikte mit Lohnerhöhungen beigelegt, nachdem die Streikenden ihre politische Forderung nach Wiederzulassung der "Solidarität" fallengelassen hatten.

Lenin-Werft-Direktor droht mit Schließung

Der Direktor der Danziger Lenin-Werft, Tolwinski, drohte nach den ergebnislosen Gesprächen mit der Schließung der Werft, die 12.000 Arbeiter beschäftigt. In einer Erklärung heißt es dazu, die Nationalbank und das Finanzministerium hätten wegen der finanziellen und materiellen Situation der Werft, die von den Streiks verursacht worden sei, weitere Kredite verweigert. In einem Bericht der Armeezeitung "Zolnierz Wolnosci" hieß es, die Werft habe derzeit rund 1 Mrd. Zloty (4,2 Mio Mark) Steuerschulden.

Anti-Streik-Gesetz verabschiedet

Das polnische Parlament hat am Dienstag das Gesetz über Sondervollmachten der Regierung beschlossen. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, im Interesse der Rentabilität ohne den sonst üblichen Instanzenweg strukturelle Anderungen und Personalreduzierungen in den staatlichen Betrieben vorzunehmen. Direktoren können entlassen und eingestellt werden. Den Passus im Entwurf, der ein generelles Streikverbot vorsah, hatte die Regierung kurz zuvor fallenlassen.
Wie Ministerpräsident Messner erklärte, soll von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit, Löhne und Gehälter einzufrieren, zunächst nicht Gebrauch gemacht werden.

Werksdirektoren versuchen Alleingang

(...)Die Preise sind erneut, so wie schon während des Jahres 1987 den Löhnen davongelaufen. Immer mehr Betriebsleiter versuchen, mit außerplanmäßigen Lohnzulagen sowie Prämien in allen möglichen Formen die Unzufriedenheit ihrer Belegschaften in Schranken zu halten. (...)
Das neue Gesetz gibt der Regierung ein ganzes Arsenal von Waffen gegen die Disziplinlosigkeit der staatlichen Direktoren in die Hand.
Denn die Direktoren, dieser Eindruck drängt sich auf, werden die Hauptgegner im Kampf der Regierung sein.

ged ... ckte

0309154951

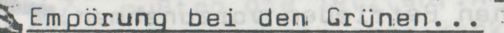
iger

Walesa: Streik kam zu früh

Zu dem beendeten Werftarbeiterstreik in Danzig sagte der Vorsitzende des Streikkomitee, Szablewski, das Komitee habe eine gewaltsame Beendigung des Ausstandes durch die Sicherheitskräfte vermeiden wollen. Außerdem habe die Polizeiblockade der Werft ihre Wirkung gezeigt. "Wir hatten keine Unterstützung. Die Menschen konnten nicht zu uns kommen".

Gewerkschaftsführer Walesa bewertete den Streik als eine Lehre, die "Solidarität" sei in der Lage, große Kräfte zum Aufbau des Landes zu entwickeln, aber auch "wie ein Donnerwetter dreinzuschlagen". Er meinte daß der Streik zu früh ausgelöst wurde, und schloß nicht aus, daß der Beginn provoziert wurde.





Empörung bei den Grünen...

Empört über das Vorgehen der Polizei gegen streikende Arbeiter äußerten sich die Grünen. Die allseits erwünschten demokratischen Reformen seien nicht gegen die arbeitenden Menschen durchzusetzen.

...bei der CDU...

...Normale oder gar gutnachbarliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen könnten auf die Dauer nur gedeihen, wenn das Kommunistische Regime den Menschen in seinem Machtbereich elementare Rechte nicht verweigere, mahnt Geisler.

... bei Vogel...

Der SPD-Vorsitzende Vogel hat an die polnische Führung appelliert, auf Polizeieinsatz und Sondergesetze zu verzichten. Gegen streikende Arbeitnehmer dürfe unter keinen Umständen mit Polizeigewalt und staatlicher Repression vorgegangen werden. Vielmehr müßten die Reformen ernsthaft geprüft...(na, undsoweiter)

t da — rt oder gestriche

Konto-Nr.

... und beim Papst

Auf seinem Flug nach Uruguay hat sich der Papst für die Streiks in Polen eingesetzt. Sie sollten nicht mit Gewalt beendet werden. Gewerkschaften könnten einen Beitrag zur "Gesellschaftlichen Harmonie" leisten, bemerkte er sehr weise.

0930393

USA machen angeblich wirtschaftliche Unterstützung von Polen vom Maß der "nationalen Aussöhnung" abhängig

Das Vorgehen der polnischen Behörden gegen Streikende gefährdet nach den Worten des stellvertretenden US-Außenministers Whitehead eine Unterstützung der USA für internationale Kredite und direkte Hilfen an Polen.
Bislang habe die US-Regierung zwar nur die Sanktionen wieder aufgehoben, die Präsident Reagan 1981 nach Verhängung des Kriegsrechtes in Polen angeordnet hatte. Im Laufe der Zeit sei es aber möglich, daß sich die USA im Internationalen Währungsfonds, bei der Weltbank und beim Pariser Club der wichtigsten westlichen Industrienationen für eine Unterstützung des polnischen Wirtschaftsreformprogrammes einsetzen würden. Dem könnten Kredite privater US-Banken an Polen und schließlich direkte Regierungshilfen folgen. All dies sei nun gefährdet, weil es in Polen an "nationaler Aussöhnung" fehle.

... und was sagen die Banken?

Banken sorgen sich um Polen

Noch haben die Arbeitskämpfe keine Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit

London (Reuter). Die Arbeitskämpfe in Polen werden von den internationalen Banken zwar mit Sorge beobachtet, negative Auswirkungen auf die Beziehungen des hochverschuldeten Landes zu seinen westlichen Kreditgebern sind nach Ansicht von Experten zunächst aber nicht zu erwarten. Sollten sich die seit Tagen andauernden Arbeitskämpfe in Polens Industrie allerdings ausweiten und damit weitere Produktionsengpässe verursachen, dürften sich die Schuldenprobleme Polens, das bei seinen Kreditgebern mit rund 39,5 Mrd. Dollar in der Kreide steht, allerdings verschlimmern.

Polen bereite den internationalen Banken im Grunde ohnehin seit Jahren Sorge. Seit 1980 befinde sich das Land, soweit es die Banken betreffe, in der Krise, meint denn auch ein Londoner Banker. Die jetzigen Arbeitskämpfe, setzten den Problemen quasi nur ein „i-Tüpfelchen" auf. Was jetzt in Polen geschehe, habe, soweit man dies bislang abschätzen könne, nur „lokale" Auswirkungen und werde die Wirtschaft des Landes wohl kaum ganz zum Erliegen bringen.

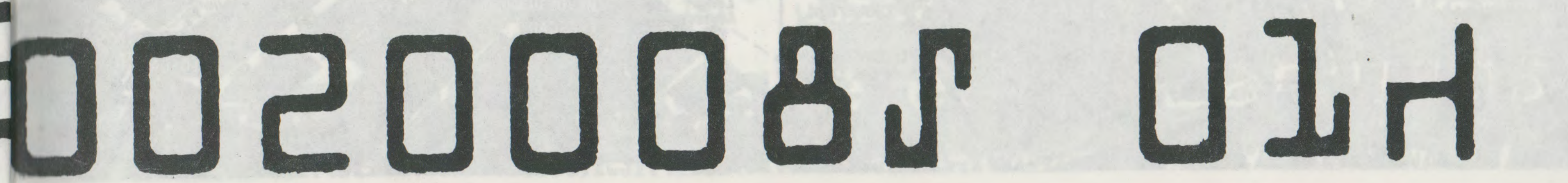
Angefangen haben Polens Schuldenprobleme nach Angaben von Bank-Analysten mit der relativ liberalen Ausgabenpolitik der 70er Jahre. Seitdem habe der Export in Hartwährungsländer, bedingt durch eine dramatische Veralterung der Industrie, nicht mit den Anforderungen des Schuldendienstes Schritt halten können. Die neue Streikwelle, ausgelöst durch kräftige Preiserhöhungen im Rahmen des Wirtschaftsreform-Programms, ist nach Ansicht der Bankfachleute die schlimmste seit den Arbeitskämpfen der Gewerkschaft „Solidarität" im Jahre 1981. Der Londoner Wirtschaftswissenschaftler und Polen-Experte Jacek Rostowski rechnet damit, daß die Arbeiter mit weiteren Arbeitskämpfen die Regierung zu Zugeständnissen zwingen werden. Nach seiner Ansicht dürfte die Regierung auf die Forderungen der Streikenden — zumindest teilweise — eingehen, womit dann allerdings wiederum die Inflation angeheizt werden dürfte.

Ohnehin sind die Steigerungen sowohl bei den Preisen als auch bei den Löhnen schon über das für 1988 gesteckte Ziel hinausgeschossen, und die Inflation dürfte in diesem Jahr nach Schätzung von Experten bei mindestens 50 Prozent liegen. Seit langem bemüht sich Polen um günstigere Kreditbedingungen.

Wie aus diplomatischen Kreisen in Paris dazu verlautete, könnte es schon bald zu Gesprächen zwischen Polen und den im sogenannten Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerländern kommen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann sagte nach einem Bericht der Zeitung „Financial Times", Bonn werde Polen zusammen mit den anderen Staaten des Pariser Clubs soweit als möglich helfen. Ob es so kommen wird, dürfte von der weiteren Entwicklung in Polen abhängen.

gilt als nicht geschrieben.

Fazit der Banken-Einschätzung: Ein "lokaler" Konflikt in Polen ist akzeptabel, solange er keinen Einfluß auf die Export-Quote des Landes hat. Auf den nationalen Rahmen begrenzt, hat er sogar den Vorteil, als Kampf der ArbeiterInnen um "demokratische Reformen" interpretiert und somit für die Öffnung Polens gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung funktionalisiert werden zu können.



RGW UND VR-CHINA

MILLARDENKREDIT FÜR UDSSR DURCH DEUTSCHE BANK

Deutsche Kreditinstitute unter der Führung der Deutschen Bank werden die von der UdSSR geplante Modernisierung ihrer Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie durch deutsche Firmen mit Krediten bis zu 3,5 Milliarden DM finanzieren. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Deutsche Bank und die Außenwirtschaftsbank der UdSSR im Rahmen der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche in Düsseldorf getroffen, teilte die Deutsche Bank am 8. Mai mit. Danach wird ein deutsches Bankkonsortium gebildet, das die Mittel entsprechend dem Abschluß einzelner Lieferkontrakte mit deutschen Firmen bereitstellt.

Die sowjetische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsident der UdSSR, Alexej Antonow, hatte nach den Angaben vom 5. bis 7. Mai Gespräche mit rund 200 Vertretern der deutschen Industrie und Banken geführt.

Der Leiter der deutschen Delegation, Vorstandssprecher der Deutschen Bank Friedrich Wilhelm Christians,erwartet Großaufträge und Beschäftigung für die deutsche Industrie "bis weit in die 90er Jahre" durch die deutsche Beteiligung an Großprojekten in der UdSSR. Laut Christians will die Sowjetunion weiterhin die reichen Rohstoff- und Mineralienvorkommen in Westsiberien und auf der Halbinsel Kola mit ausländischem Kapital erschließen.

Der deutsche Maschinenbauindustrie rechnet nun mit Milliardenaufträgen aus der UdSSR. Der zwischen der UdSSR und Deutsche Bank vereinbarten Kreditrahmen von 3,5 Milliarden DM dürfe zudem "mehr oder weniger total" als Auftragswert aus der Sowjetunion an die deutsche Wirtschaft zurückfließen.

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht keine Probleme, über den Kreditrahmen finanzierte sowjetische Aufträge an deutsche Anbieter über Burgschaften abzusichern. Die UdSSR gelte als guter Schuldner, sagte ein Sprecher.

VOLKSREPUBLIK CHINA WILL IN HIGH-TECH EINSTEIGEN

China will ähnlich dem amerikanischen Silicon Valley 6 Höchsttechnologie-Zentren aufbauen. Mit zum Großteil ausländischem Kapital und importierten Technologien sollten Mikroelektronik, Robotor- und Lasertechnik, Glasfaser-Kommunikation und Biotechnologien entwickelt werden, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur China News Service am 6. Mai. Die Zentren seien in Peking, Shanghai, Kanton, Tianjin, Wuhan und in der Wirtschaftszone Shenzhen geplant.

MOSKAU ERWÄGT SCHAFFUNG VON SONDERWIRTSCHAFTZONEN

Moskau erwägt die Schaffung von Sonderwirtschaftzonen nach chinesischen Vorbild, um die Entwicklung der fernöstlichen Gebiete der UdSSR zu fördern. Der General-direktor der sowjetischen Agentur TASS, Losew, sagte am 11. Mai in Tokio weiter, die Schaffung solcher Gebiete, die ausländischen Unternehmen erhebliche Vergünstigungen bieten, werde im Rahmen der gegenwärtigen Bemühungen zur Verbesserung der sowjetischen Wirtschaft geprüft.

ACHT DEUTSCHE BETEILIGUNGEN IN UDSSR

In der Sowjetunion gibt es nach einem Bericht der sowetischen Presseagentur Nowosti jetzt über 40 Unternehemn mit ausländischer Beteiligung. Wie in dem am 6. Mai veröffentlicheten Bericht der Agentur hieß, wurde in diesen Tagen in Moskau mit dem Gemeinschaftsbetrieb "Fasis-SP" das achte Joint Venture mit deutscher Beteiligung gegründet. Beteiligt seien die Firma Wilfried Post aus dem Saarland.

Das Satzungskapital bei Fasis-SP liege zu 62% beim sowjetischen, zu 38% beim Konzern aus der BRD.

SALAMANDER IN LENINGRAD

In der neu gegründeten Salamander Import-Export GmbH hat der Schuhkonzern sämtliche Aktivitäten mit der UdSSR zusammengefaßt. Sie hat mit der Produktionsvereinigung Proletarskaja Pobeda, Leningrad, einen Vertrag über ein Gemeinschaftsunternehmen für die Schuhherstellung in Leningrad geschlossen. An dieser Firma Lenwest, die einen Know-How- und Lisenzvertrag mit der Salamander AG abgeschlossen hat, ist die Salamander Import-Export zu 40% beteiligt. Ein zweites Joint-ven[illegible] die vereinbarte Salamander mit der Produktionvereinigung Krasnyj Oktjabr, Witebsk, das unter den Namen Welwest nach der gleichen Konstruktion wie das Leningrader Unternehmen arbeiten soll.

Lenwest hat inzwischen, mit derzeit rund 370 Mitarbeitern, die Fertigung begonnen. In etwa einem Jahr soll der Jahresausstoß etwa 1 Million Paar Schuhe erreicht haben, ein weiteres Jahr später bei 2 Millionen Paar sein. Alle Lenwest-ArbeiterInnen haben individuelle Arbeitsverträge, d.h., sie sind kündbar. Belwest soll mit der Produktion im kommenden Jahr beginnen und hat die gleichen Ziele bei Produktion wie Lenwest. Die beiden Joint Ventures können ihre Schuhe frei verkaufen, sowohl in der Sowjetunion als auch ins Ausland, sie stehen damit außerhalb des Plans. Die Devisen, die sie brauchten, müssen sie auch selbst erwirtschaften. Die Verträge sehen ein Gewinntransfer vor.

Neben diesem Engagement, mit dem der BRD-Marktführer an der Modernisierung der sowjetischen Schuhindustrie und an der im laufenden Fünfjahresplan der UdSSR vorgesehenen Steigerung der Jahresproduktion von 750 bis 800 auf 900 Millionen Paar Schuhe teihaben möchte, hat Salamander im vergangenen Jahr 1,5 Millionen Paar Schuhe in die Sowjetunion exportiert. In die DDR wurden wie schon in den Vorjahren 400 000 Paar geliefert. Die Ausfuhren des Unternehmens in die westlichen Länder erreichen im Jahr 1 bis 1,2 Millionen Paar.

AUCH ADLER IN DER VR CHINA

Die Adler Bekleidungswerke AG aus dem bayerischen Haibach bei Aschaffenburg eröffneten jetzt ihren ersten Textilmarkt in Peking. Wie Adler am 5. Mai berichtete, hat der Bekleidungsmarkt in Peking eine Verkaufsfläche von 1000 Qm und bietet als erster seiner Art uberbekleidung für Frauen, Männer und Kinder. Das Sortiment selbst wird in China produziert, die Schnitte kommen aus der BRD.

Die Endverbraucher können in den Textilmärkten mit chinesischen Währung einkaufen und sind im Gegensatz zur Produktion vieler anderen Joint Ventures mit westlichen Unternehmen nicht auf ausländischen Divisen angewiesen. Adler will eigenen Angaben zufolge die Zusammenarbeit mit dem Textilkombinat Jada fortsetzen und im Herbst dieses Jahres den nächsten Markt eröffnen. Geprüft werde auch die Möglichkeit, in der VR China produzierte Textilien nach Europa zu importieren.

JUGOSLAWIEN GEHT MIT IWF-MISERE ZU REAGAN

Der US-Präsident Reagan hat am 6. Mai in Washington ein Mitglied des jugoslawischen Staaspräsidiums, Josip Vrhovec empfangen. Reagan habe Vrhovec zum Kreditabkommen zwischen Jugoslawien und dem IWF beglückwunscht. Vrhovec habe Reagan über die Kreditbedingungen informiert und um weitere amerikanische Finanzhilfe für Jugoslawien ersucht. Reagan habe zugesagt. sich gemeinsam mit anderen Industrienationen für weitere Hilfe einzusetzten.

STREIK IN JUGOSLAWIEN

In der südjugoslawischen Provinz Kosovo sind rund 2000 der 6000 Arbeiter eines Textilwerkes in den Streik getreten, um 50% Lohnerhöhung durchzusetzen. Ein Angebot von 30% hätten die Arbeiter abgelehnt. Kosovo gehört zu den ärmsten Regionen Jugoslawiens und leidet besonder unter der derzeitigen Wirtschaftskrise. Die Inflationsrate liegt im Lande bei 152% im Jahr.

verden. Die Angabe einer Zahlungsf



IMMER MEHR FLÜCHTLINGE VON DER BRD AUSGEWIESEN

6.278 AusländerInnen haben im April in der Bundesrepublik um politisches Asyl nachgesucht. Diese Zahl liegt zwar niedriger als im März März, als 8.458 Flüchtlinge kamen, aber deutlich über der Zahl der AsylbewerberInnen, die im April 87 kamen. Damals waren es 3.544.

Der aktuelle Rückgang ist auf die Halbierung der Anzahl der AsylbewerberInnen aus Polen zurückzuführen. Statt 2.794 Polen im März kamen nur noch 1.463. Aus der Türkei kamen 1.272 Flüchtlinge (März 1.407), aus Jugoslawien 1.034 (März 1.097).

Von den 26.398 Asylanträgen, die dieses Jahr vom Bundesamt in Zirndorf entschieden wurden, wurden nur 2.543 Flüchtlinge als politisch Verfolgte. Damit liegt die Anerkennungsquote bei nicht einmal 10%.



ZIMMERMANN PLANT SCHÄRFERE FLÜCHTLINGS-BESTIMMUNGEN!

Diese Bestimmungen sollen es den Flüchtlingen erschweren in die BRD einzureisen. Wie in der "Kölnische/Bonner Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 6. Mai berichtet, ist vorgesehen, die Möglichkeiten für die Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigungen und Abschiebungen zu erweitern. Die Zeitung beruft sich auf einen ihr vorliegenden Entwurf des Ministeriums, in dem es unter anderem heiße, bei Zweifeln "an der erforderlichen Rückkehrbereitschaft des Ausländers" solle ihr/ihm eine Aufenthaltgenehmigung versagt bleiben.

"Straffällig gewordene Ausländer sollten schneller abgeschoben werden, heißt es weiter. Auch seien Zuzugsperren für AusländerInnen in Gemeinden vorgesehen, wo ihr Anteil an der Wohnbevölkerung bereits 1/5 übersteige. Für Stadtteile solle eine Höchstgrenze von 1/4 gelten. Der Ausländerbeauftragte der BRD-Regierung soll nach Informationen des Blattes "der Politik der Regierung verpflichtet" werden.

SPÄTH GIBT ZIMMERMANN RÜCKENDECKUNG

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth will durch eine Änderung des Grundgesetztes Flüchtlingen schneller loswerden. In einem Beitrag für die "Stuttgarter Nachrichten" (7. Mai) schrieb Späth, die bisherigen Rechtsänderungen hätten nicht dazu geführt, sogenannte Scheinasylanten rasch und wirksam abzuweisen. "Eine Grundgesetzänderungwürde uns in die Lage versetzen, den ausländerpolitischen Spielraum zu bekommen, der in anderen westeuropäischen Ländern selbstverständlich ist" schrieb Späth.

ARBEITER BEI LUFTHANSA VERWEIGERN ABSCHIEBEFLÜGE

Im Streit zwischen der Lufthansa und 5 Arbeitern über das Recht der Arbeitsverweigerung auf Flügen, mit denen Flüchtlinge in ihre Heimatländer abgeschoben werden, muß das Frankfurter Arbeitsgericht entscheiden: Der Versuch einer außergerichtlichen Einigung scheiterte am 6. Mai. Der Prozeß läuft gegen einen Pilot, einen Co-Piloten, einen Purser, einen Flugbegleiter und eine Stewardess, die aus Gewissens- und Sicherheitsgründen das Recht haben wollen ihre Arbeit dann zu verweigern, wenn Fluchtlinge in ihre Heimatländer abgeschoben oder ausgeliefert werden.

Die Lufthansa hat den Wunsch der Beschäftigten bei dem Gütetermin als unbegründet abgewiesen. Die Kläger hatten Gewissensgründe geltend gemacht: "Sie sagen, daß sie nicht wissen, welchem Schicksal diese Personen engegensehen angesichts der Auslieferungs- und Abschiebepraxis und vor dem Hintergrund einer Reihe von Fällen, in denen sich Abschiebung als rechtswidrig und lebensbedrohend oder sogar vernichtend für die Betroffenen ausgewirkt hat." Der Klage sei eine Dokumentation beigeheftet, an der auch Amnesty International und andere Gruppen mitgearbeitet hätten.

Ein Sprecher der Lufthansa wies in Frankfurt auf die "öffentliche Beförderungspflicht" der Fluggesellschaft hin "Wir sind unter anderem nach dem Asylverfahrensgesetz verpflichtet, die Abzuschiebenden oder Auszuliefernden zu transportieren. Wir können die Entscheidung, ob das rechtmäßig ist, nicht in Belieben Einzelner stellen."

FÄHREN-STREIK IN GROßBRITANNIEN SETZT SICH FORT

Auch die jüngste Verhandlungsrunde im britischen Fährenstreik hat zu keinem Durchbruch geführt. Die Reederei Sealink bezeichnete das Angebot, 450 vom Konkurrenzunternehmen P&O entlassene Fährleute zu übernehmen, als letzte Offerte. Für den Fall, daß die Gewerkschaft nicht annehme, überlege die Gesellschaft neue Schritte vor Gericht. Die Seeleute Gewerkschaft NUS Vorsitzende Sam McCluskie bestand indes darauf, daß das Angebot nicht weit genug gehe. Die Gewerkschaft will alle 750 entlassene Arbeiter unterbringen.

Der Streik ist in der 14. Woche. P&O hatte in Dover 750 Seeleute entlassen, die es abgelehnt hatten, ihren Ausstand gegen Stellenabbaupläne der Gesellschaft zu beenden. Inzwischen beteiligen sich 5000 Seeleute in ganz Großbritannien an Solidaritätsaktionen, von denen auch Sealink betroffen ist. Die Reederei hatte vorige Woche per Gerichtsbeschluß die NUS-Kasse beschlagnahmen lassen. Das Gericht befand, die Gewerkschaft habe gegen das Gesetz verstoßen, als sie Sealink in den Streit hineingezogen habe.

SCHLECHTE STIMMUNG IN RHEINHAUSEN

Die Arbeiter der Krupp-Hütte in Duisburg-Rheinhausen haben den Beschluß, der nach rund 160 Tagen Kampf der Belegschaft für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze geschlossen worden war, "zur Kenntnis genommen", ohne neue Aktionen zu beschließen. Betriebsratvorsitzender Manfred Bruckschen teilte am 10. Mai mit, in der überwiegenden Zahl der Teilbereichsversammlungen der Belegschaft mit bis zu 700 Teilnehmern seien die Arbeiter dem Betriebsrat gefolgt. "Das Ende der Fahnenstange ist erreicht", sagte Bruckschen.

Die Stimmung in den 5 Belgschafts-versammlungen seit Montag schilderte Bruckschen als "frostig und eisig". Am 3. Mai hatten rund 3.000 Arbeiter in einer Betriebsversammlung ihren Unmut über Schließungsplan deutlich gemacht. Belegschaftssprecher hatten zunächst neue Aktionen der Arbeiter nach den monatelangen Protesten nicht ausgeschloßen. Nachdem nur 2 der geplanten Versammlungen am Dienstagabend ausstanden, rechnete niemand mehr im Betriebsrat mit neuen Aktionen.

KOHL MACHT SICH SORGEN UM UNSER RECHTSBEWUßTSEIN

Bonn (dpa). Bundeskanzler Kohl hat vor einer „schleichenden Aushöhlung des Rechtsbewußtseins" in der Bundesrepublik gewarnt. Auf einer Veranstaltung anläßlich des 20jährigen Bestehens des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen erklärte der CDU-Vorsitzende gestern in Bonn, einer solchen Entwicklung müsse entschlossen entgegengetreten werden. Kohl kritisierte ein nachlassendes Bewußtsein für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung sowie zunehmende Bereitschaft, grundlegende Werte zu relativieren. Ein „falsches Freiheitsverständnis" sehe im Menschen ein isoliertes Einzelwesen und öffne damit einer schrankenlosen Egozentrik Tür und Tor.

„Wir dürfen uns nicht damit begnügen, konkurrierende oder kollidierende Freiheitssphären gegeneinander abzugrenzen. Wir müssen uns stets auch über die positiven Inhalte bestimmter Freiheiten oder Freiheitsrechte Gedanken machen." Als negatives Beispiel nannte der Kanzler die Vermummung von Demonstranten. Durch sie werde der Sinn des Grundrechts auf friedliche Versammlung ins Gegenteil verkehrt.

Kohl plädierte dafür, im Zuge der europäischen Entwicklung einen gemeinsamen europäischen Rechtsraum zu schaffen. Als Aufgaben nannte er ein einheitliches Asylrecht, gemeinsame Verbrechensbekämpfung in der EG und europäische Sicherheitsstandards im Umweltschutz. Nachdrücklich setzte sich Kohl für die Verwirklichung der Menschenrechte auf internationaler Ebene ein. Würde und Freiheit des Menschen seien auch durch Mißbrauch der Gentechnologie und eine wachsende Zahl von Abtreibungen bedroht.

der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig Wassermann, wandte sich auf dem Forum gegen eine Amnestie für Demonstranten, die nach Sitzblockaden verurteilt wurden. Sie wäre nach seiner Ansicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt schädlich. So wie er eine Amnestie im Zusammenhang mit Parteispendenverfahren verworfen habe, lehne er sie auch jetzt für demonstrative Rechtsverletzungen ab.

Wassermann sowie der künftige Verteidigungsminister Scholz stimmten in der Ansicht überein, daß die gegenwärtige Rechtssituation von einem Verlust des Normativen gekennzeichnet sei. Scholz betonte, das Rechtsbewußtsein müsse sich orientieren können. Wassermann appellierte an die Parteien, in der Rechtspolitik nicht nur aus der jeweils eigenen Sicht zu argumentieren. In diesen Fragen sei ein Konsens erforderlich.

RECHTSRADIKALE DEMO ANGEGRIFFEN IN FRANKREICH

Eine Gruppe Maskierter hat am 8. Mai in Paris eine Demostration von Anhängern ultrarechter Organisationen angegriffen. Die Demonstration war anläßlich des sogenannten Jeanne-d'Arc Tages.

Jedes Jahr wird in Frankreich der Gedenktag der Jeanne d'Arc besonders von Anhängern rechter und ultrarechter Organisationen zum Anlaß für Veranstaltungen genommen. Daran beteiligen sich Verehrer des Marschalls Henri Philippe Petain, des Chefs der von den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges in Vichy eingesetzten französischen Regierung, konservative katholische Gruppen, Royalisten bis hin zu Hakenkreuzfahnen schwenkenden Skinheads.

Die Maskierten schlugen mit Eisenstangen auf Mitglieder der faschistischen Organisation "Oevre Francais". Acht Mitglieder wurden verletzt.

Von politischen Gefangenen und sozialen Gefangenen

Es gibt -zig tausend Gefangene in den Knästen der BRD und Westberlin, einer von ihnen war bis zum letzten Donnerstag Wiglaf Droste, Gefangener des 1.Mai 1988, Kreuzberg. Einige hundert von ihnen sind sogenannte politische Gefangene, die wegen 129a, Landfriedensbruch usw. in U-Haft oder Strafhaft sitzen. Einer von ihnen war Wiglaf Droste - oder doch nicht?

Der linke Jargon unterscheidet - etwas arrogant - zwischen politischen und "sozialen" Gefangenen. Die einen werden wegen ihrer politischen Haltung kriminalisiert ("Unterstützung, Befürwortung, Verbreitung"usw.) die anderen wegen ihrer sozial bedingten Verhaltensweise.

Wiglaf Droste ist ein politischer "Täter", weil er (angeblich) einen Stein gegen eine Wanne geworfen hat. Aber war er auch ein politischer Gefangener? Die politischen Gefangenen (wenn denn diese Unterscheidung überhaupt einen Sinn machen soll) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht nur die ihnen zugeschobene "Tat" im Kontext gesellschaftlicher Auseinandersetzungen begreifen sondern auch ihr 'Eingesperrt-sein. Sie haben im Kopf, daß sie nur einzelne unter vielen anderen sind, und sie kennen die Methoden der staatlichen Repression, Kriminalisierte gegeneinander auszuspielen.

Nach der Nacht vom 1.Mai sind 134 Leute eingefahren. Sieben mußten drinbleiben. Droste unterscheidet sich von den anderen, deren Namen nicht mal bekannt sind, dadurch, daß er durch seine ätzend bis gehässigen taz-Artikel eine gewisse Szene-Prominenz hat. Und er hat einflußreiche Freunde mit Zugang zum Machtapparat einer Tageszeitung. Taz-Artikel, SFBeat-Interviews und ein schnell zusammengestelltes"Wiglaf-Droste-Soli-Heft" mit all seinen Artikeln in der taz ließen es dem Staatsanwalt Dohm geraten scheinen, sich von diesem Promi-Gefangenen zu trennen. Die anderen sechs behält er natürlich. Die haben auch keine Lobby, die eine Broschüre für sie verfaßt, oder Anwälte, die der Rundfunk gern mal zu Wort kommen läßt. Sie tauchen als Hilfesuchende höchsten mal in einer der kleinen Zeugen-Suchanzeigen vom Ermittlungsausschuß auf der taz-Wiese auf.

Weder Wiglaf Droste noch sein Anwalt, Jonny Eisenberg noch seine Sympathisanten erwähnen die anderen, die mit ihm eingesperrt worden sind und die jetzt drinbleiben müssen. Zwar sagt Droste "Gefangene brauchen Hilfe und Hilfe kostet Geld" und seine Fans versprechen großzügig: "Der Erlös dieser Edition des Frühwerks unseres Helden soll nicht nur seine Unkosten (also das Honorar von Eisenberg) sondern auch die seiner Leidensgenossen decken helfen". Aber Gefangene brauchen vor allem Öffentlichkeit und die politische Solidarität von draußen. Droste hat sie gekriegt und sie hat ihm genützt. Die anderen aber hat er, bzw. seine Freunde/Innen in der Namenlosigkeit im Knast zurückgelassen. Droste war kein politischer Gefangener und das hat dann schließlich auch der Staatsanwalt kapiert.

Grinsen

Zuerst wird man geschlagen. Mit der Faust oder mit dem Knüppel, ins Gesicht oder in die Genitalien, voll oder auch nur ein bißchen, so als dezenter Hinweis: Wir machen dich jetzt nicht fertig, aber wir könnten dich fertig machen…

Dann wird man von den Uniformierten weggezerrt, in eine verdunkelte Wanne wo man sich ausziehen muß und weiter geschlagen wird, später in einen Gefangenenwagen. Dann kommt einer von vorn, er hat die Uniformjacke ausgezogen, ihm ist warm geworden von der Arbeit. In der rechten Hand schwingt der Knüppel, der linke Daumen klemmt unter dem breiten Hosenträger, ganz lässig steht er da. Und grinst.

Das Feixen, das feiste Lächeln ist die Verlängerung des Polizeiknüppels. Es wird zum ständigen Begleiter des Gefangenen. Im Polizeigefängnis, wo man sich wieder ausziehen muß unter den Blicken von Leuten, die kurz ihren Spaß an der Macht haben, bevor sie sich wieder ihrem Playmate des Monats widmen, das über ihnen an der Wand klebt. Bei der richterlichen Vernehmung, wenn die Justiz einen halben Meter höher thront, damit sie auf den Gefangenen herabsehen kann und er zu ihr aufsehen muß. Im Gesicht des Staatsanwaltes glänzt das Lächeln nur ganz leise. In der Haft, wenn man in eine schmierige Zelle gewiesen wird, hat das Grinsen Worte: „Sauberkeit ist bei uns das A und O".

Sie haben alle ungeheuer viel zu lächeln: Polizei, Justiz, Strafvollzug. Sie eint das Vergnügen daran, Menschen zu zerbrechen oder langsam zu zermürben (im Bedarfsfall lebenslang), bis sie zu nützlichen Teilen des Guten und Schönen geschrumpft sind. Dieses Vergnügen nennt sich Recht, Ordnung und Gesetz. Der Gefangene ist ihm ausgeliefert, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Er muß sich dagegen wehren. Dafür braucht er Anwälte, Freunde, Bücher, Zeitungen, Leute und Dinge, die ihm helfen, den Kopf nicht zu verlieren, die ihm eine Realität zurückgeben, an der sich Gedanken reiben und entzünden können. Im Gefängnis ist ihm diese Realität genommen, es gibt nur die umgreifende Erloschenheit, die niederschmetternde Stumpfheit des Geistes und das Lächeln, das ihn umgibt.

Gefangene brauchen Hilfe und Hilfe kostet Geld. Artikel aus der taz nocheinmal in einer kleinen Auswahl herauszubringen, war nie meine Absicht und auch jetzt nicht meine Idee. Auch das Aussuchen und Zusammenstellen der Texte haben andere besorgt. Mögen sie anregend sein, nützlich, und von der Art, daß ihnen das Grinsen vergeht.

Wiglaf Droste

Wir grinsen zurück

Auch unsere Absicht war es bisher nicht, eine Auswahl von Wiglaf Drostes TAZ-Artikeln herauszugeben, obwohl wir nicht leugnen, daß sie uns überdurchschnittlich oft zum Grinsen gebracht haben. Auf die Idee brachte uns erst die politische Staatsanwaltschaft des Berliner Landgerichtes mit ihrem herausragenden Beitrag zum Thema „Berlin europäische Kulturhauptstadt 88". Was sie sich gegenüber dem TAZ-Redakteur und Ätzer vom Dienst herausnimmt ist entschieden gemeiner, unverschämter und geschmackloser als es Wiglaf Droste in seinen Texten je gelang.

Durch ein Mißgeschick geriet er im Zuge der rituellen Auseinandersetzungen in der Kreuzberger 1. Mai-Nacht in ihre unsanften Hände. Daß in einer Nacht wie dieser, in der nicht einmal die eigenen Vorgesetzten vor ihren prügelnden Einsatzkommandos sicher waren, jeder der gefangen wird, sich auch schuldig gemacht hat, ist bekannt. Wiglaf Drostes besonderes Pech ist es, daß der zuständige Staatsanwalt Doms, der auf diese Art Macht über ihn bekam, der gleiche ist, der bei der politischen Abteilung für den alltäglichen Kleinkrieg mit der TAZ zuständig ist. Dieser Herr Doms scheint nun sein Mütchen an dem zeilenwerfenden Widersacher unter dem Vorwand des Steinewerfens kühlen zu wollen. Er erreichte fürs erste, daß Droste im Gegensatz zu allen anderen vergleichbaren „Fällen" in Haft blieb.

Wie es weitergeht ist unklar. Für uns ist klar: Moabit ist nicht der rechte Ort für Wiglaf Droste. Für wen schon? Wenn es der TAZ trotz wiederholter Versuche schon nicht gelang, diesen Gratwanderer zwischen autonomer Spießbürgerseele vor dem TV und „Jugend trainiert fürs deutsche Feuilleton" aus ihren alternativen Reihen zu verbannen, weshalb sollte es dann einem subalternen Staatsanwalt gelingen, ihn seiner wahlweise fluchenden und grinsenden Leserschaft vorzuenthalten?

Die ganze Angelegenheit wird Geld kosten und deshalb haben wir für alle Freunde des schlechten Geschmacks und des guten Stils dieses Heft zusammengestellt. Der Erlös dieser Edition des Frühwerkes unseres Helden soll nicht nur seine eigenen Unkosten, sondern auch die seiner Leidensgenossen decken helfen.



Verhafteter „taz"-Redakteur erhielt Haftverschonung

Der im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Kreuzberg in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai festgenommene Redakteur der „Tageszeitung" (taz), Wiglaf Droste, erhielt gestern Haftverschonung. Dem Journalisten wird vorgeworfen, „mindestens einen Stein" auf ein Polizeifahrzeug geworfen zu haben. Der Haftbefehl war unter anderem erlassen worden, weil Droste in Berlin keinen festen Wohnsitz hatte und Fluchtgefahr angenommen worden war.

Die Staatsanwaltschaft habe inzwischen geprüft, daß Droste in Berlin ein festes Arbeitsverhältnis bei der „taz" habe und Mitglied in einer Jury des Rock-Beauftragten des Kultursenators sei, sagte Justizsprecher Kähne.

Haftverschonung erhielt auch ein 28jähriger Student, der gestanden hatte, eine volle Bierdose auf Polizeibeamte geworfen zu haben.

Nach den Kreuzberger Ausschreitungen waren insgesamt 25 Haftbefehle erlassen worden. Zur Zeit befinden sich noch fünf Personen in Haft, denen Steinwürfe auf Polizeibeamte und Barrikadenbau vorgeworfen werden. Gegen einen 27jährigen inhaftierten Mann sei inzwischen Anklage wegen schweren Widerstandes gegen Polizeibeamte erhoben worden, hieß es. (Tsp)

(Tps 12.5.)

ZEUGEN GESUCHT

EA: TEL. 692 22 22

■ **Wer hat am 1. Mai 1988 gegen 24 Uhr an der** Kreuzung Skalitzer Str./ Manteuffelstr (südwestliche Seite) die folgende Situation beobachtet: ein Mann mit langen Haaren wird gewaltsam festgenommen. Menschen, die dies beobachten werden von der Polizei abgedrängt. In diesem Zusammen wird ein zweiter (1,80 m, kurze dunkelblonde Haare, olivfarbener Parka, Jeans, Turnschuhe) festgenommen.
Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten, ihre Beobachtung mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 2-61, ☎ 692 22 22, dienstags ab 20 uhr) oder an den Rechtsanwalt Christoph Kliesing, (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48

■ **Aufruf!** Dringend!! Wir benötigen alle Infos im Zusammenhang mit Polizeimaßnahmen in der Nacht vom 1. zum 2. Mai. Insbesondere interessiert uns, ob Zivis mit Latten Passanten verprügelt haben, bzw. wer gehört hat, wie die Polizei per Lautsprecher angedroht hat, daß sie Gummigeschosse einsetzen werden. ☎ 692 22 22, Di 20-22 Uhr.

■ ***Betr.: 1./2.5.88: Der EA sucht Fotos, Zeugen, einfach alles Wichtige*** im Zusammenhang mit den Vorfällen. ☎ 692 22 22.

■ **Wer hat am 1. Mai 1988** gegen 21.40 Uhr an der Ecke Wrangelstr./ Manteuffelstr., die folgende Situation beobachtet: ein junger Mann (1,93 m, rot/schwarz gefärbte Iokesenfrisur, schwarze Lederjacke, Bundeswehrhose, Springerstiefel) wird festgenommen.
Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten, ihre Beobachtung mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 2-61, ☎ 692 22 22, dienstags ab 20 uhr) oder an den Rechtsanwalt Christoph Kliesing, (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48

■ **Zeugin gesucht aus OSLO/Moabit** zu meiner Festnahme in der Nacht vom 1. zum 2. Mai, ca. 2 Uhr, in der Oranienstr. 4, vor dem Lokal »Samira«. Bitte melden bei Rechtsanwalt Heinz Weiß, ☎ 781 20 33 (oder beim EA).

■ **Hat in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai, ca. 2-3 Uhr**, jemand gesehen, wie Leute an der Ecke Adalbert/Oranienstr. von der Polizei verprügelt bzw. abgeführt wurden? Bitte melden, ab 17 Uhr: ☎ 618 77 94 (oder beim EA).

■ **Nacht vom 1. zum 2. Mai, Polizeiübergriff beim »Madonna«, Wiener Str.:** Wer den schlagenden Einsatz gesehen oder gespürt hat, unbedingt beim Ermittlungsausschuß melden: ☎ 692 22 22.

■ **Nacht vom 1. zum 2. Mai: Ich suche noch Leute, die gesehen haben,** wie ich Steine von der Straße trug, zwischen 0.00 und 0.40 Uhr, Oranienstr. 5; Aussehen zur besagten Zeit: blonde Haare, zur rechten Seite herunterhängender Iro; schwarzer, knielanger Ledermantel, Tarnhose und Springerstiefel. EA, ☎ 692 22 22, oder Rechtsanwalt Birkhoff, ☎ 782 30 71.

■ **Nacht vom 1. zum 2. Mai: Wer hat die Festnahme von einem Typ** (dunkelblonde lockige Haare) an der Kreuzung Adalbert/Oranienstr., ca. 1 Uhr, beobachtet? Die Kreuzung war von vier Polizeiketten abgeriegelt; der Typ lag am Boden und wurde stark verprügelt. Melden beim EA oder RAin Teichert, ☎ 62 14 055.

■ **1.5., 23.30-24 Uhr: Skalitzer Str. gegenüber 0 3.** Wer hat gesehen, wie ein Typ (schwarze Hose/ Lederjacke, dunkle Haare) von Polizisten, obwohl er schon auf dem Boden lag, zusammengeschlagen und dann in einer Wanne abtransportiert wurde? ☎ 692 22 22.

Herausgeber
Hermeneutik-Kommando Jacob Taubes in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Weg
V.i.s.d.P. Benny Härlin, Potsdamer Str. 130a, 1000 Berlin 30
Preis: 5.- DM
Bestellungen an:
Die Tageszeitung, Medienredaktion, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65
Konto für Bestellungen und Spenden:
378 47 - 101, Benedikt Haerlin, Postgiroamt Berlin West

Ausschußsitzung Inneres, Sicherheit und Ordnung 02.05.88

T O P 1: Besondere Vorkommnisse (Zusammenfassung)

Kewenig:

nach einbruch der dunkelheit befanden sich 300-500 störer auf der straße. nach ende des friedlichen festes auf dem lausitzer platz trugen personen den umliegenden müll zusammen, zündeten ihn an und errichteten absperrungen. die einheit EBLT wollte diese sperren beseitigen und wurde direkt angegriffen. bei angriffen auf die Polizei wurden steine, mit präzisionsvorrichtungen abgeschoßene stahlkugeln, brandsätze, schwere dachbalken, flaschen und gehwegplatten verwendet. die ausschreitungen können nicht als wiederholung der ausschreitungen vom letzten jahr gewertet werden. es konnten 2 wellen der gewalt beobachtet werden, die 1. um mitternacht und die 2. von 3-5 uhr. die angewendete taktik ist als erfolg zu werten. es gab 134 festnahmen, davon 75 nach STPO. die zahl der verletzten polizisten ist überwiegend aus angriffe zurückzuführen und beträgt 53, wovon mehr als die hälfte der einheit EBLT angehören. es mußfestgestellt werden, daß ein eindeutiges gewaltpotential im kiez vorhanden ist. begrüßenswert ist die mitarbeit von bürgern. sokonnte ein anschlag auf einen geldautomaten am ku'damm durch die hilfbereitschaft einer putzfrau verhindert werden. ein anwohner in der O-Straße, der die beginnenden ausschreitungen beobachtete und von seinem fenster aus fotografierte wurde verletzt. ein vermummtes kommando stürmte seine wohnung, verletzte den mann und entwendete den film. der mann mußte mit platzwunden ins krankenhaus gebracht werden. die täter konnten nicht ermittelt werden. Kewenig bemerkt, daß die polizei zu keinem zeitpunkt die situation nicht in der hand hatte und das diese nacht als ein test für den bevorstehenden IWF angesehen werden kann.

Scherz:

Volle deeskalationstaktik der polizei war gegeben. friedliche demo mit 5000 teilnehmern. an der spitze des zuges befanden sich 300 - 400 militante personen. da auch das fest friedlich verlief, war keine polizei direkt vor ort, wohl aber in bereitschaft. erst bei eintritt der dunkelheit kam es zu ausschreitungen. es befanden sich zu diesem zeitpunkt 2000 menschen auf den straßen. auf dem festplatz wurden lagerfeuer errichtet und müll in brand gesetzt. daraufhin kam die Polizei zum einsatz, die durch steinwürfe und sperren behindert wurde. es gab 350 - 400 militante störer die eskalieren wollten. die polizeitaktik ist aufgegangen, relativ

geringe sch"den in kreuzberg und viele festnahmen. bei getränke hoffmann kam es nicht zu plünderungen sondern nur zu diebst"hlen. schertz befand sich in einem wagen der EBLT und rät jedem an sich das einmal aus dieser position anzusehen. was er da erlebt hat übersteigt fast das ertr"gliche maß für die eingesetzten beamten.

AL:
kritik am einsatz von EBLT die ohne vorherige warnung den lausitzer platz stürmte und alles niederknüppelte und festnahm was da war. taktik seien wohl nicht gruppenfestnahmen sondern erstürmung von einzelpersonen. erhebliche behinderung der presse. kritik der zeitweisen abriegelung der zufahrtsstraßen nach SO 36

CDU: (Krüger)
die vorhandenen absperrungen prinzenstr. und herrmannplatz dierten der bürgeraufkl"rung, damit diese nicht verletzt würden, wenn sie sich in den bereich der ausschreitungen begeben würden.
Lobenswert wurde erw hnt, daß die BSR trotz des 1.Mai-feiertages den durch eine gezielte aktion auf den straßen befindlichen m sperrmüll schon t sauber beseitigte.

Müllenbrock:
es kam schon in der nacht von samst g auf sonntag zu auseinandersetzungen ohne anlaß. das zielgerichtete angriffsobjekt war die polizei. es existiert ein nicht dialogbereites gewaltpotential von ca. 500 personen. es werden straftaten aus legalisierten h usern und die flucht von straft"tern in diese beobachtet. die möglichkeiten durch V-leute und verdeckte ermittler sind zu gering. Müllenbrock hofft auf einen weiteren ausbau.

Kittlaus:
es ist noch keine auswertung so kurz nach beendigung des einsatzes möglich. frage nach diskussionsstab von polizei wie zu hausbesetzerzeiten. festnahmen von EBLT erfolgten je nach situationslage mit und ohne schlagstock. es gab keine fl"chendeckenden absperrungen. straßen wurden nur bei steinwürfen und barrikaden gesperrt. es bestand ein bewegliches festnahmekonzept. die feuerwehr hatte einen verbindungsmann in der polizeileitstelle, der verbindung zur feuerwehr hielt. die entstandenen sch den im kiez sind nicht sehr hoch. es muß ein konzept des dialoges ausgearbeitet werden, daß die trennung von friedlichen und gewalt- t tern erreichen soll.

Müllenbrock:

auffällig ist ein verstärktes anzeigeverhalten gegen polizisten bei verhaftungen, daß im gegensatz zu früher stark angestiegen ist. dies ist wohl auf die arbeit eines ermittlungsausschußes zurückzuführen. das potential, auf das die polizei am sonntag traf, bestand aus schwer kriminellen chaoten. diese waren schon auffällig durch ihr äußeres erscheinungsbild.

Kittlaus:

die verletzungen der polizisten sind überwiegend auf steinwürfe zurückzuführen, auch bei den verletzten von EBLT. es waren 15oo beamte im einsatz. im demo-zug gab es nur einige wenige maskierte, die dokumentiert wurden um so eine verfolgung dieser straftaten möglich zu machen. das diese im zug vermummten an den ausschreitungen beteiligt waren läßt sich z.Z. nicht beweisen. bis auf den überfall auf einen anwohner in der o-straße spielte die vermummung in der nacht keine große rolle, da es zu einer kleingruppentaktik im schutze der dunkelheit kam.



Ohne uns Frauen läuft nix ...

Eine Gruppe aus dem Westberliner IWF-Frauenplenum hat jetzt die Broschüre "Ansätze" herausgebracht. Sie stellt die patriarchalen Angriffe und antipatriarchalen Kämpfe in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen dar, u.a. am Thema Sextourismus, Flüchtlingspolitik, Entwicklungspolitik, Gen- und Reproduktionstechnologien. Die Artikel sollen ein Beitrag zur feministischen Bestimmung der IWF/Weltbank-Kampagne sein. Wir veröffentlichen das zweiseitige Vorwort. ⟶

Zu beziehen ist die Broschüre von diesem Wochenende an über folgende Adresse:

Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Gruppen- und Einzelbestellungen nur bei Vorauszahlung von 6 DM
Postgirokonto 290891-103, M.Junk

Ein paar Monate vor dem IWF/Weltbankkongress, September 88 in Westberlin, wird für viele Frauen die Frage, was es heißt den antipatriarchalen Kampf mit dem antiimperialistischen zu verbinden, immer dringlicher. Wir, Frauen aus dem Westberliner IWF/Weltbank-Frauenplenum, möchten mit dieser Broschüre die Ergebnisse unserer Diskussion zu diesem Thema aus den vergangenen Monaten vorlegen und hoffen, daß sie für die Praxis des Frauenkampfes in der nächsten Zeit einige Ansätze liefern können.

Unsere Position dazu, wie Imperialismus und Patriarchat zusammenhängen, wurden im Verlauf unserer Diskussionen erst in Umrissen deutlich; die Geschichte des Westberliner IWF/Weltbank-Plenums ist dabei selbst ein Stück Praxis im antipatriarchalen Kampf.

"Den IWF/Weltbank-Kongress verhindern", unter der Parole hatten sich seit Anfang letzten Jahres eine ständig größer werdende Gruppe von Frauen und Männern zusammengefunden. Bei den Diskussionen über IWF und Weltbank wurde schnell klar, daß es sich bei den beiden Institutionen nur um zwei Instrumente des internationalen Kapitals unter vielen anderen handelt, die letzten Endes austauschbar sind. IWF und Weltbank angreifen konnte deshalb für uns konkret nur heißen, das Instrumentarium des Kapitals in allen seinen konkreten Ausformungen, mit denen es die Menschen zu unterwerfen, auszubeuten und zu vernichten versucht, zu erkennen und überall zu bekämpfen. Eben nicht nur als solidarische Hilfestellung für die Kämpfe im Trikont sondern genauso hier in der Metropole. Zum Klassenkampf, zur Organisation des Widerstandes gegen das Kapital, dessen Angriff sich bis in die letzten gesellschaftlichen Winkel und scheinbare Nischen erstreckt, gibt es in der Metropole nicht weniger Anlaß als in den Ländern der sogenannten 3. Welt.

Für uns Frauen konnte das aber nur heißen, den Angriff des Kapitals auf die Frauen, auf das weibliche Arbeitsvermögen, ihre Unterwerfung in ihrer Rolle als Reproduzentinnen der Ware Arbeitskraft zu erkennen und den Widerstand dagegen aufzubauen.

Die Unterwerfung der Frauen ist die materielle Basis für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Lohnarbeit ist ohne die - unbezahlte, in den Individualbereich abgedrängte und von den linken Theorien kaum beachtete - Reproduktionsarbeit von uns Frauen nicht denkbar. In diesem Sinn ist auch der antipatriarchale Kampf nicht Teil des antiimperialistischen Kampfes sondern sein Ausgangspunkt. D.h., Klassenkampf ist nach unserer Bestimmung nur antiimperialistisch, wenn er sich in seinem Kern antipatriarchalisch versteht.

Anders herum betrachtet: der Kapitalismus, oder in seiner politischen Organisation: der Imperialismus - ist die konkrete, weltweit vorherrschende Form des Patriarchats. Der antipatriarchale Kampf hat sich also notwendigerweise auf Kapitalismus und Imperialismus zu beziehen und alle anderen Formen von Frauenkampf gegen Männergewalt müssen letztlich in diesem Kontext als dem übergeordneten münden.

In dieser Frage teilte sich das Westberliner IWF Plenum vor einem Jahr in ein Frauen- und ein Männerplenum. Nicht nur an der Theorie spaltete sich die Gruppe sondern vor allem an der Praxis unserer Diskussionen. Die Männer, die von uns immer wieder auf die Bedeutung der Frauenunterdrückung für die kapitalistische Ausbeutung gestoßen wurden, beteuerten zwar immer wieder, daß sie das alles richtig und wichtig fänden, waren aber nicht in der Lage, daraus für sich Konsequenzen in der theoretischen Diskussion oder in der Entwicklung konkreter Politikansätze zu ziehen. Da wurde (und wird!) das Patriarchat dann doch wieder zum "Nebenwiderspruch", den man in keinem Papier vergessen darf, wenigstens in einem Abschnitt zu erwähnen.

Praktisch wurde dieser Konflikt insofern, als die Männer patriarchales Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhalten in den Diskussionszusammenhängen reproduzierten. Ihre Unfähigkeit, Frauen zuzuhören, sich für ihre Sichtweise zu interessieren und ihren Gedankengängen zu folgen, führt dazu, daß wir im gemischten Zusammenhang nur immer wieder gezwungen werden, die Ideen und Theorien der Männer nachzuvollziehen und sie durch unsere Fragen und Einwendungen ausbauen helfen, aber unsere eigenen Vorstellungen nicht entwickeln können. Das ist es, was wir Ausbeutung nennen!

Daß wir uns als Frauen nicht zurückgezogen haben, sondern die Aufteilung in ein reines Frauen- und Männerplenum erreicht haben, war für uns ein wichtiger Schritt, weil dadurch offengelegt wird, daß die von Männern ausgearbeiteten Theorien auch nur immer Männer-Theorien sein können.

Vom letzten Sommer an haben wir Frauen uns intensiv um die Weiterarbeit an unseren theoretischen Vorstellungen und den daraus folgenden Ansätzen für eine revolutionäre Praxis (die nur eine feministische sein kann) bemüht. Wir mußten bald erkennen, daß wir mi mit den patriarchal geformten Begrifflichkeiten immer wieder in Denk-Sackgassen gerieten. Vor allem mit dem Anspruch, patriarchale und kapitalistische Unterdrückung (z.B. in der Frage der Klassen-Definition) begrifflich unter einen Hut zu bringen. Aber wir haben kaum andere Instrumente zum Verständnis unserer Wirklichkeit als die über Jahrhunderte zusammengemauerten Männertheorien - das reicht von Karl Marx bis Detlef Hartmann.

Werlhof, Mies und die anderen Frauen der Bielefelder Schule haben zwar wichtige Beiträge geleistet, die Reproduktionsarbeit als Basis des Kapitalismus zu

verstehen, können aber zur Neubestimmung der Frauen als revolutionäres Subjekt im antiimperialistischen Kampf wenig beitragen. In den verschiedenen Länderbeispielen, auf die sie sich beziehen, schildern sie Frauen als handelnde, ihrer Unterwerfung widerstehende Menschen. In ihren theoretischen Ansätzen findet sich die revolutionäre Subjektivität der Frauen allerdings nicht wieder. Da erscheinen die Frauen in aller Welt dann doch wieder als die Hilflosen, doppelt ausgebeuteten, die sich von Männern und Kapital beliebig hin und herschubsen lassen. Und in den Vorschlägen von Mies und Werlhof zu einer feministischen Praxis in der Metropole zeigt sich dann, daß sie ihre eigenen Analysen nicht verstanden haben, wenn sie biologistische Lösungen empfehlen und meinen daß die Frauenbefreiung von den Müttern ausgehen kann, einfach deshalb, weil sie Mütter sind. Darin finden wir uns nicht wieder und so sehen wir unsere Aufgabe auch nicht, die Bürde gesellschaftlicher Veränderungen auf unsere Last-erprobten Frauen- und Mütter-Schultern zu nehmen!

Frauen sind weder so geduldig noch so ohnmächtig, wie sie in vielen Analysen dargestellt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die Kapitalstrategien, die im Rahmen der IWF-Kampagne jetzt von vielen untersucht werden, ganz wesentlich auch dadurch bestimmt sind, daß sie auf unsichtbare oder unsichtbar gehaltene, aber auch auf offen ausbrechende Formen von Frauenwiderstand reagieren müssen.

Der Klassenkampf, der ein Frauenkampf ist, spielt sich auf zwei Ebenen ab: Einmal da, wo das Kapital Frauen unmittelbar auszubeuten versucht. Der Kampf der Frauen in Südkorea gegen Adler ist da nur das spektakulärste Beispiel. Zum anderen da, wo sich die vom Kapital ausgebeuteten Männer durch sexistische Gewalt an Frauen entschädigen und sich so mit dem Kapital verbünden. Als Beispiele sollen nur der zunehmende Sextourismus oder prügelnde Ehemänner genannt werden, die ihren Betriebs-Frust zuhause abreagieren.
Die Widerstandsformen gegen diese zweite Ebene von Frauenunterdrückung sind schwer zu erkennen. Sie sind individualisiert, weil die ehelichen (und außerehelichen!) Besitzverhältnisse der Männer über die Frauen die Möglichkeit zerschlagen, das persönliche Leid als kollektives Problem wahrzunehmen. Sie werden zusätzlich durch moralische Schranken in die Unsichtbarkeit verbannt. Die Frauenhäuser wissen ein Lied davon zu singen, wie schwer es Frauen gemacht wird, die von Männern erlittene Gewalt öffentlich zu machen. Dieser Frauenwiderstand hat deshalb oft die Formen von Verweigerung, von Ausweichen, von Flucht.

Wir wissen zu wenig über diese Widerstandsformen (Vielleicht entgehen sie uns sogar häufig als Beweggründe in unserem eigenen Leben!). Das von den Medien transportierte und in unseren Köpfen festgesetzte Bild von Widerstand ist das des steinewerfenden Straßenkämpfers. Inzwischen wird es in antonomen/antiimperialistischen Kreisen oft modisch in das der Frau mit der Knarre in der Hand übersetzt.
Muß feministischer Kampf zwangsläufig so aussehen? Ist das die einzige Erscheinungsform, an der wir ihn erkennen? Lassen wir uns von männlichen Leitbildern nicht einschnüren!
Auf der einen Seite können wir uns nicht damit begnügen, alle möglichen Formen von Widerstand, egal aus welchem Selbstverständnis er entspringt, zum Klassenkampf zu erklären. Nur wenn Widerstand aus seiner individualistischen Orientierungslosigkeit herauskommt, sich als kollektives Anliegen begreift und zum offenen Angriff gegen Ausbeutung und Unterdrückung übergeht, kann er mehr werden als ein ein bloßes Hindernis für den Imperialismus und uns einer revolutionären Situation näherbringen.
Auf der anderen Seite müssen feministische Ausformungen des offensiv gewendeten Klassenwiderstandes, auch aus einem internationalistischen Verständnis heraus, erst noch entwickelt werden. Bis dahin ist es ein weiter Weg. Erste Schritte dazu haben wir z.B. mit der internationalen Frauen-Demonstration am 8.März in Westberlin versucht. Aus den Vorbereitungen zu dieser Demonstration entstand ein praktischer Zusammenhang mit ausländischen Frauen, in dem wir lernen, die Unterdrückung von Frauen in anderen Ländern besser zu verstehen und uns mit ihren Ansätzen von Kampf dagegen auseinanderzusetzen, umgekehrt uns auch ihrer Kritik auszusetzen.
Um unseren eigenen Kampf mit den Frauenkämpfen in anderen Ländern verbinden zu können, brauchen wir die Analyse des weltweiten kapitalistischen Angriffs mit seinen Auswirkungen auf die Frauen einerseits und ein genaueres Verständnis der Reaktion von Frauen auf diese Situation andererseits.
In den folgenden Beiträgen haben wir versucht, den IWF und die Weltbank in den Kontext von Frauenunterdrückung und -ausbeutung zu stellen, in den sie gehören. Wir haben versucht, die gesellschaftlichen Felder, von der Gentechnologie und Be/Entvölkerungspolitik über Sextourismus und Flüchtlingspolitik bis zur weltweiten Umstrukturierung des Kapitals, zu umreißen, auf denen sich die Kämpfe von Frauen gegen ihre Unterwerfung und Ausbeutung abspielen. Wir tun das selbst sicher noch viel zu sehr mit der Sichtweise von Frauen als den ewigen Opfern. Denn es ist schwer, die weibliche Subjektivität aus der Herrschaft patriarchal geformter Theorien zu befreien, und es ist selbst ein wichtiger Teil unseres Kampfes.

Erklärung zum Frauenabend am 5. Mai im EX



Bei dem letzten ♀♀Abend am 4. Mai kam es zu einigen üblen Vorfällen, von seiten einer Menge Typen. Einige Frauen wurden von Typen, die nicht einsehen wollten, daß sie auf einem Frauenabend nix zu suchen haben, verprügelt und aufs heftigste angemacht. Einem von den Typen, der nach über einer Stunde Diskussion und Raußschmißversuchen immer wieder reinkam, wurde dann von einigen Leuten aufs Maul gehauen.

Das sind aber nur die extremsten Verhaltensweisen von Typen gewesen. Denn nahezu jeder 5. Mann meinte trotz riesiger Schilder und Hinweisen von Frauen, erstmal in der Kneipe rumspannen und quer durchlatschen zu müssen, oder sich erst nach heftiger Diskussion und Anmache sich dazu bewegen zu lassen zu gehen.

Es nur noch peinlich mitzukriegen, wie sehr sich Männer (gerade aus der "Szene", SfE-Schüler und Lehrer, von Mehringhofprojekten) sich in ihrem Männlichkeitswahn und offentsichlich unreflektierten Dasein angegriffen fühlen müssen, geradezu Gefahr wittern, wenn Frauen ohne sie was machen und Zusammenhänge bilden. Und mit welcher Arroganz und Impertinenz sie sich dagegen verhalten ist nur einer von vielen Gründen einen Frauenabend im EX zu machen, denn darin zeigt sich nur in verschärfter Form die alltägliche, mehr oder weniger subtile Anmache und Frauenverachtung gerade hier und überall sonst.

Wir selbst sind auch nicht die emanzipiertesten Männer, versuchen aber wenigstens die Bedürfnisse anderer Menschen und insbesondere von Frauen zu respektieren und unser Rollenverhalten auch wahrzunehmen und zu ändern (,was, traurig genug, oft erst auf Druck hin passiert). Wir wehren uns dagegen, daß das Projekt Frauenabend dadurch zerstört wird, daß er hauptsächlich vom Zoff mit Männer bestimmt wird.

Der ♀♀Abend im EX findet jeden ersten Mittwoch im Monat in der Kneipe und auf der Terasse statt.

Typen haben da nix zusuchen!!

Außerdem gilt grundsätzlich, auch an jedem anderen Tag, wer hier Frauen dumm anmacht oder belästigt, fliegt raus.

mit sauren Grüßen

Männer vom EX

2-tägiges Forum zu Volkszählungsboykott und Überwachungsstaat

VoBo - eine Bewegung im

Aufbruch, Einbruch, Umbruch ...... Durchbruch ?

Am 25. Mai 88 jährt sich der Stichtag der 87er Volkszählung. Nach 12 Monaten der Datensammelei wird dann die wohl letzte Totalerhebung der Bundesrepublik in Berlin immer noch nicht beendet sein. Hier einige Zahlen:

- Am 7. August, also 7 Wochen nach Abschluß der offiziellen Zählung, fehlten den Ämtern immer noch 1.069.928 Personenbogen, während stattdessen 200.000 bei den VoBo-Sammelstellen abgegeben wurden.
- 393.251 BerlinerInnen mußten an ihre staatsbürgerlichen Pflichten erinnert werden.
- 182.246 BerlinerInnen wurde mit Zwangsgeldern gedroht.

Anhand der Volkszählungsboykott-Kampagne ist vielen klar geworden, welch "kleine" Anlässe genügen, um eine Welle von staatlicher Repression auszulösen. Erinnert sei an die

- Durchsuchung des Volkszählungsboykott-Büros im Mehringhof
- Festnahmen von FlugblattverteilerInnen
- Postbeschlagnahme bei 50 Fragebogensammelstellen, darunter die AL und "Tageszeitung"

Anlaß genug also, um rückblickend über die Ereignisse des vorangegangen Jahres zu reden und Antworten auf einige im Raum stehende Fragen zu finden. Anlaß aber auch, auf der Suche nach Perspektiven gegen den Überwachungsstaat in die Zukunft zu blicken.

Wann: Samstag / Sonntag, den 4. + 5. Juni 1988

Wo: Wird noch bekanntgegeben

Durch das Forum am 4./5. Juni wollen wir allen engagierten und interessierten Menschen dieser Stadt die Möglichkeit geben, darüber zu reden,

- welche Bedeutung Datenschrott für staatliche Planung hat?
- ob die VoBo-Bewegung am Ende vielleicht doch gescheitert ist?
- ob der Rummel um die Volkszählung andere, vielleicht wichtigere Themen, wie den maschinenlesbaren Personalausweis oder die Sicherheitsgesetze zu Unrecht in den Hintergrund gedrängt hat?
- wie Widerstand gegen staatliche Politik erfolgreich sein kann?
- ob Verwaltungsgerichte durch unabhängige Fotokopierer ersetzbar sind?

Am Samstag, den 4. Juni wird es schwerpunktmäßig um die Volkszählung gehen. Unter anderem wird in einer Podiumsdiskussion über den Erfolg oder Mißerfolg der Volkszählung bzw. des Boykotts gestritten. Der folgende Sonntag steht dann im Zeichen des Überwachungsstaates und der Suche nach Zukunftsperspektiven.

Voraussichtliches Programm des Forums:

Samstag, den 4.6.

13.00 - 15.00 Uhr Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
- Datenschrott
- Mobilisierung und Breite der Bewegung - kann der Volkszählungsboykott ein Modell sein?
- VoBo und Kriminalisierung
- Das bürgerliche Recht als Kampfmittel?

15.30 - 17.30 Uhr Plenum der Arbeitsgruppen

20.00 Uhr Podiumsdiskussion

- Erfolg oder Mißerfolg des Volksählungsboykotts? / Pespektiven gegen den Überwachungsstaat

Sonntag, den 5.6.

11.00 - 19.00 Uhr Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
- Sicherheitsgesetze
- Telekommunikation
- Überwachung im Betrieb und Sozialbereich
- § 129a - ein gesetzlicher Freibrief für Repression und Kontrolle
- Der "praktische Überwachungsstaat" - mein PC und ich

Dazwischen gibt es die Möglichkeit, sich bei Wandzeitung, Info-Tischen, Kunst zum Thema, Life Hacking zu informieren bzw. zu diskutieren oder bei Essen und Getränken zu erholen.

Wer sich im voraus mit den angesprochenen Themen beschäftigen möchte, hat die Möglichkeit ab Mitte Mai den Forumsreader zu erwerben. Bei Nachfragen und Anregungen Kontakt über:

V.I.B. (Volkszählungsboykott-Informations-Büro) *Tel.: 694 15 16* *Mo 17.00 - 20.00*
Gneisenaustr. 2 *Mi 17.00 - 20.00*
1000 Berlin 61 *Fr 17.00 - 20.00*

Unterstützer des Forums:

Alternative Liste, AStA der FHW, Bürgerrechte & Polizei (CILIP), Humanistische Union, Komitee für Grundrechte und Demokratie, SEW, V.I.B., Plenum der VoBo-Initiativen, Wechselwirkung

V.i.S.d.P.: Hans-Ulrich Pieper, 1000 Berlin 61